



Deutsche Konjunktur in instabiler Seitenlage

IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2026

IW-Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur*

Köln, 07.05.2026

IW-Report 20/2026

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Prof. Dr. Michael Grömling

Leiter der Forschungsgruppe

Makroökonomie und Konjunktur

groemling@iwkoeln.de

0221 – 4981-776

Autoren

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Dr. Martin Beznoska

Dr. Markus Demary

Prof. Dr. Michael Grömling

Dr. Ralph Henger

Dr. Thomas Obst

Dr. Jochen Pimpertz

Thomas Puls

Holger Schäfer

Dr. Thilo Schaefer

Dr. Stefanie Seele

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Der nächste Schock mit offenem Ausgang.....	5
2 Anstieg der Inflation und Geldpolitik im Zielkonflikt.....	8
3 Nahost-Krieg testet Resilienz der Weltwirtschaft	10
4 Rückfall in die privatwirtschaftliche Stagnation.....	15
5 Arbeitsmarktlage trübt sich weiter ein.....	22
6 Hohe Ausgaben, konjunkturelle Schwäche und Ölpreisschock belasten den Staatshaushalt	23
7 Wirtschaftspolitik in der fortgesetzten Krise	26
Anhang	28
Tabellenverzeichnis.....	29
Abbildungsverzeichnis.....	30
Literaturverzeichnis	31

JEL-Klassifikation

E2 – Konsum, Sparen, Produktion, Investition, Arbeitsmarkt und der informelle Sektor

E3 – Preise, Konjunkturschwankungen und -zyklen

E5 – Geldpolitik, Zentralbank, Geld- und Kreditangebot

E6 – Wirtschaftspolitik; makroökonomische Aspekte öffentlicher Finanzen

Stichwörter: Konjunktur, Weltwirtschaft, Arbeitsmarkt, Staatshaushalt, Finanzmärkte

Zusammenfassung

Mit dem Krieg im Nahen Osten sieht sich die gesamte Weltwirtschaft mit zusätzlichen und schwer kalkulierbaren ökonomischen Belastungen konfrontiert. Die Blockade der für die globale Versorgung mit Energie und teils weiterverarbeiteten Gütern wichtigen Seeroute durch die Straße von Hormus und die Beschädigungen von Produktionsanlagen schaffen neben den Energieproblemen im Gefolge des andauernden Krieges in der Ukraine erneute Versorgungsrisiken kombiniert mit Energiepreiseffekten auf der Erzeuger- und Konsumebene. Zusätzlich werden industrielle Lieferketten und Produktionsmöglichkeiten weltweit bedroht. Der Krieg im Nahen Osten wird die Inflation weltweit erhöhen und das Wachstum dämpfen. Die Weltwirtschaft legt im Jahr 2026 nur noch um 2 Prozent zu. Die Verwerfungen in den globalen Lieferketten werden auch den globalen Warenhandel abschwächen. Dieser expandiert in diesem Jahr nur noch um 1,7 Prozent. Die Prognose bleibt mit hoher Unsicherheit behaftet. Die tatsächlichen Auswirkungen hängen von der Dauer des politischen Konfliktes und den sich daraus ergebenden ökonomischen Folgen ab. Aussagen zu den politischen Entwicklungen kann eine Konjunkturprognose nicht liefern. Es können lediglich Annahmen hinsichtlich einer politischen Lösung getroffen und in der Prognose als Rahmenbedingung gesetzt werden. In Deutschland lassen die bereits bestehenden Belastungen durch den Nahost-Krieg und die für das gesamte Jahr erwarteten Liefer- und Produktionsstörungen das preis- und arbeitstäglich bereinigte BIP im Jahresverlauf 2026 kaum von der Stelle kommen. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des realen BIP von gut 0,4 Prozent ergibt sich größtenteils aus einem positiven Kalendereffekt. Durch die globale Abschwächung bleibt das deutsche Exportgeschäft weiter rückläufig. Die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit kommt nicht von der Stelle. Durch den erneuten Energieschock mit einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von gut 3 Prozent stagniert auch der private Konsum. Die Inlandsnachfrage wächst vorwiegend aufgrund des expandierenden Staatskonsums und staatlicher Investitionen im Bereich Verteidigung. Der deutsche Staat wird aufgrund der Ausgabensteigerungen und der schwachen Konjunktur im Jahr 2026 ein Defizit von schätzungsweise 156 Milliarden Euro oder 3,4 Prozent des BIP ausweisen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird 2026 um 190.000 Personen sinken, während die Arbeitslosigkeit leicht auf rund 3 Millionen ansteigen wird.

1 Der nächste Schock mit offenem Ausgang

Die vergleichsweise guten Perspektiven für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2026 lösen sich mehr und mehr in Luft auf. Die IW-Konjunkturumfrage vom Spätherbst 2025 (Grömling, 2025a) oder die IW-Verbandsumfrage vom Jahresende 2025 (Grömling; 2025b) nährten die Hoffnungen, dass in diesem Jahr endlich die über Jahre anhaltende Schockstarre beendet sein sollte. Die Prognosen für Deutschland lagen in einer Größenordnung von rund 1 Prozent Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Mit dem Ende Februar 2026 begonnenen Krieg im Nahen Osten entstehen neue und voraussichtlich erhebliche Belastungen für die deutsche Volkswirtschaft. Die aktuelle Situation erinnert an jene im Frühjahr 2022, als sich die damals sehr guten Wirtschaftsaussichten durch den Kriegsausbruch in der Ukraine innerhalb kurzer Zeit verflüchtigten. Der erneute geopolitische Schock und die damit ausgelöste Energie- und Versorgungskrise setzen ein weiteres Mal auf einer angeschlagenen und sich unter strukturellen Anpassungen befindlichen Volkswirtschaft auf. Vor diesem Hintergrund haben sich die Wirtschaftserwartungen der deutschen Unternehmen gemäß der IW-Konjunkturumfrage bereits im März 2026 erheblich verschlechtert (Grömling, 2026a). Andere Stimmungsindikatoren – wie der ifo-Geschäftsklimaindex, der Einkaufsmanagerindex oder der GfK-Konsumklimaindex – folgten mittlerweile diesem ernüchternden Befund.

Beim Zusammenwirken von Energiepreisschocks und der konjunkturellen Entwicklung können mehrere und teils gegenläufige Übertragungskanäle wirksam sein. Abbildung 1-1 liefert dazu einen Überblick über verschiedene Transmissionskanäle, die sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Volkswirtschaft betreffen (Grömling, 2008; 2024; Kolev-Schaefer et al., 2026)

Abbildung 1-1: Effekte und Transmissionskanäle der Nahost-Krise

	Transmission	Nachfrageaggregate
Preiseffekte	- Energie - Vorleistungen - Konsumgüter	- Konsum (privat/öffentlich) - Investitionen (privat/öffentlich) - Export (Wettbewerbsfähigkeit)
Lieferketteneffekte	- Energie - Vorleistungen für Industrie/Bau	- Konsum (privat/öffentlich) - Investitionen (privat/öffentlich)
Handelseffekte	- Krisenländer - Weltwirtschaft - Transport	Export
Finanzmarkteffekte	- Zinsen/Risikoprämien - Volatilitäten - Finanzmarktstabilität	- Konsum (privat/öffentlich) - Investitionen (privat/öffentlich)
Unsicherheiten	- Geopolitik - Wirtschaftspolitik	- Konsum (privat) - Investitionen (privat)
Zweitrundeneffekte	- Arbeitskosten - Staatsschulden - Geopolitische Fragmentierung	Investitionen (privat)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Preiseffekte: Die durch den Iran-Krieg bedingte Blockade der Straße von Hormus verhindert zunächst den Export von Öl und Gas aus dem Persischen Golf. Vor dem Iran-Krieg passierten rund 50 Schiffe pro Tag diese Meerenge. In den letzten Wochen fand jedoch so gut wie kein Schiffsverkehr mehr statt. Die Relevanz der Sperrung dieser Schifffahrtsstraße zeigt sich daran, dass bis Ende Februar 2026 jeden Tag etwa 15 Millionen

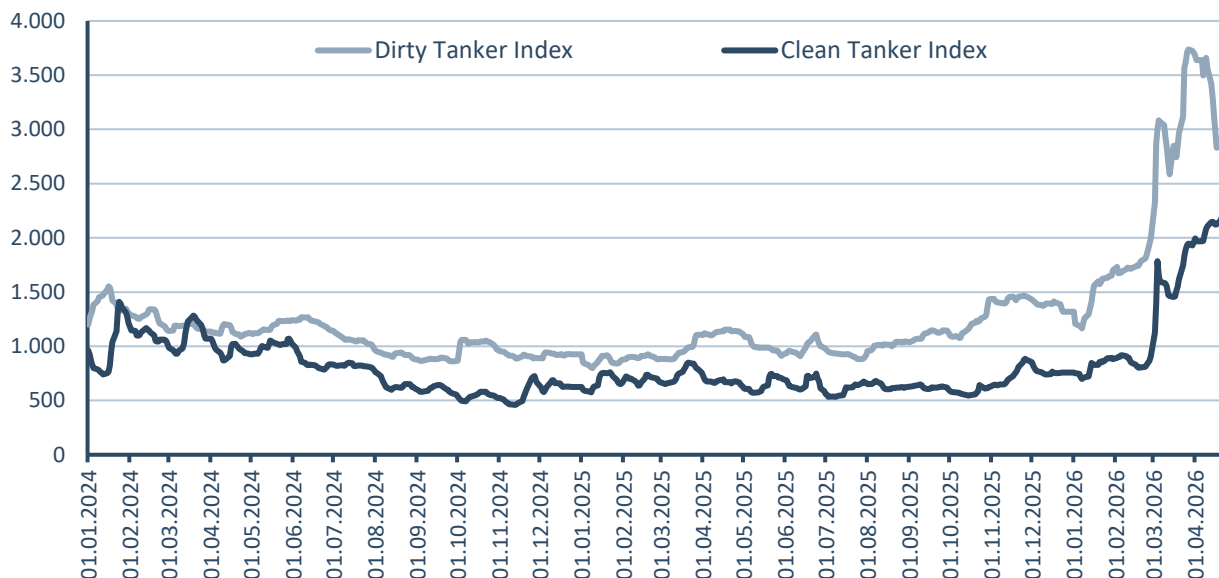
Barrel Rohöl die Meerenge passierten, während weltweit gut 100 Millionen Barrel pro Tag verbraucht wurden. Somit fehlen schlagartig etwa 15 Prozent des bisherigen Angebots an Rohöl auf dem Weltmarkt und rund ein Viertel des weltweiten Ölhandels (Puls, 2026). Zudem führten über diesen Seeweg 2025 etwa ein Fünftel des weltweiten Handels mit Flüssiggas (LNG). Zur Blockade kommen die Angriffe auf Öl- und Gasfelder in der Region mit entsprechenden andauernden Kapazitätseffekten. Im Gefolge dessen sind beispielsweise die Preise für Rohöl (Brent) in einer Größenordnung von fast 50 Prozent angestiegen (Monatsdurchschnitt April gegenüber Februar 2026). Hinzu kommen laufende Verunsicherungen durch politische Meldungen und Irritationen. Die direkten gesamtwirtschaftlichen Preiswirkungen von Energiepreisschocks hängen von der jeweiligen Stärke der inländischen Angebots- und Nachfrageeffekte ab. Energierohstoffe sind für eine Vielzahl von Unternehmen eine wichtige Vorleistung und Energiepreise bestimmen über die Kosten der Inlandsproduktion. Die Stärke dieses negativen Angebotseffekts hängt von der Energieintensität und der Energieeffizienz einer Volkswirtschaft ab. Hier kommt der Branchenstruktur eine zentrale Bedeutung zu, etwa das Gewicht von energieintensiven Industrien. Weiter preistreibend wirken in der aktuellen Situation nicht nur die höheren Energiekosten, sondern perspektivisch höhere Vorleistungskosten durch eingeschränkte Produktionsmöglichkeiten in anderen Ländern und Transportstörungen (siehe Lieferketteneffekte). Höhere Kosten für die Bauwirtschaft und für Investitionsgüter im Allgemeinen dämpfen nachfrageseitig die Investitionstätigkeit. Ein weiterer Teil der teureren Energieimporte wird von den privaten Haushalten getragen und dies führt für sich genommen zu einer Konsumverlagerung weg von Inlandsgütern hin zu importierten Energiegütern. Dieser Effekt hängt auch von der Einkommensentwicklung und der Preiselastizität der Nachfrage bei den entsprechenden Gütern ab. Während der negative Angebotseffekt preistreibend wirkt, kann der negative Nachfrageeffekt die Preise von im Inland produzierten Gütern dämpfen. Im Gegensatz zum BIP-Deflator, der die Preise der inländischen Wertschöpfung repräsentiert, umfasst der Verbraucherpreisindex sämtliche Preiseffekte auf der Konsumebene, also auch den Einfluss der höheren (importierten) Energiekosten. Mit der Verteuerung von Energie und Düngemitteln sind zudem Preisanstiege von Lebensmitteln zu erwarten. Die Bereiche Lebensmittel, Heizung und Treibstoff machen rund ein Fünftel der Lebenshaltungskosten eines durchschnittlichen Haushalts aus. Aufgrund dieses hohen Gewichts und der fehlenden Substitutionsmöglichkeiten bei diesen Gütern haben steigende Öl- und Gaspreise einen signifikanten Effekt auf die Verbraucherpreisinflation. Mit Blick nach vorne können weitere preissteigernde Effekte in Deutschland beim Gas entstehen. So sind die Füllstände der Gasspeicher durch den kalten Winter 2025/2026 und bislang ausbleibender Auffüllungen historisch niedrig – sogar niedriger als im Jahr 2022. Dies bedeutet, dass zu einem Zeitpunkt ungünstig hoher Gaspreise ein historisch niedriger Füllstand bis zum Beginn der Heizperiode ausgeglichen sein muss. Zwar existiert mittlerweile ein gemeinsamer Einkauf der EU, der bessere Preise garantieren soll (Europäische Kommission, 2023), trotzdem muss damit gerechnet werden, dass die höheren Kosten für das Befüllen der Gasspeicher im kommenden Winter das Beheizen der Wohnungen verteuern wird.

Lieferketteneffekte: Im Vergleich zum Jahr 2022, als insbesondere die Gasversorgung gefährdet war, kann die aktuelle Situation bei der globalen Ölversorgung weitaus kritischer sein. Der Transport von Öl über die Straße von Hormus versorgt zum großen Teil asiatische Länder, wie China, Indien, Japan und Südkorea. Daher herrscht dort anders als in Europa eine echte Knappheit an Rohöl und verarbeiteten Mineralölprodukten. Zudem existieren so gut wie keine alternativen Lieferanten mit freien Kapazitäten. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Produktionsmöglichkeiten in diesem für die Weltwirtschaft wichtigen Wirtschaftsraum – und abgeleitet für die internationalen Produktionsnetzwerke. Dazu kommen Versorgungsprobleme mit den aus Rohöl hergestellten Produkten, wie etwa Diesel, Kerosin und Bunkeröl für Frachtschiffe. Bei diesen Gütern ist auch Europa ein Nettoimporteur (Puls, 2026) und damit können Verknappungen auch hierzulande die Produktionsmöglichkeiten begrenzen. Die Kerosinknappheit bereitet dem Flugverkehr bereits Sorgen und

global gesehen besteht Knappheit an Diesel für Lkw, Baumaschinen, Traktoren und Generatoren. Der Mangel an verarbeiteten Produkten wird noch dadurch erhöht, das teilweise Exportbeschränkungen erlassen wurden. Neben Energiegütern ist auch die Versorgung mit anderen Rohstoffen (etwa Harnstoff für die Düngemittelproduktion oder Helium für die Halbleiterproduktion) beeinträchtigt mit entsprechenden Preiseffekten und möglichen Produktionseffekten in den weiterverarbeitenden Industrien. Möglicherweise kann die Bab al-Mandab Meerenge südlich des Roten Meers und damit die Nutzung des Suez-Kanals durch die mit dem Iran verbündeten Huthi-Rebellen aus dem Jemen gefährdet werden. Damit würden Logistik-Ketten zwischen Asien und Europa verlängert und verteuert. Bereits im Jahr 2024 hatten die Huthi-Rebellen Containerschiffe angegriffen, Frachtraten stiegen deutlich an und wirkten preistreibend in Europa (Obst/Förster, 2024). Wie in Abbildung 1-2 zu sehen ist, spiegeln die Frachtraten bereits die gesamten Anspannungen wider. Sowohl der Transport von unraffinierten Produkten (Rohöl) als auch der Transport von raffinierten Produkten, wie Benzin, Diesel, Kerosin und dem chemischen Grundstoff Naphta hat sich verteuert.

Abbildung 1-2: Charrerraten für Tanker

Baltic Exchange Tanker Index¹⁾; Index 01.10.2001 = 1.000



1) Dirty Tanker transportieren unraffinierte Produkte (z. B. Rohöl, Bitumen), Clean Tanker transportieren raffinierte Produkte (z. B. Benzin, Diesel, Kerosin)

Quellen: Macrobond; Institut der deutschen Wirtschaft

Handelseffekte: Die steigenden Energie- und Importpreise bedeuten im internationalen Kontext einen gesamtwirtschaftlichen Einkommenstransfer von den Energieimportländern zu den Energieexporteuren und sie stellen eine Umverteilung der globalen Einkommen dar (Terms-of-trade-Effekt). Erst in der mittleren Frist können diese globalen Einkommenseffekte in Form der höheren Energieeinnahmen der rohstoffreichen Länder dort möglicherweise für zusätzliche Investitionen und Konsum verwendet werden. Untersuchungen zeigen, dass vom „Recycling der Petrodollars“ in der Vergangenheit ein Teil der Länder (z. B. USA) über die Kapitalmärkte (Higgins et al., 2006), andere Volkswirtschaften (z. B. Deutschland) über den Außenhandel mit Investitionsgütern (Grömling, 2014) profitieren konnten. In der kurzen Frist und insbesondere mit Blick auf die aktuelle Lage ist jedoch mit den bereits angesprochenen globalen Versorgungsproblemen mit Energie in Asien zu rechnen. Dies dürfte die Produktionsmöglichkeiten und die konjunkturelle Dynamik dort beeinträchtigen mit entsprechenden negativen Implikationen für die gesamte Weltwirtschaft und den Welthandel

(siehe Abschnitt 3). Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland wird dann das konjunkturelle Tempo über ein schwächeres Exportgeschäft zusätzlich gedrosselt.

Finanzmarkt-, Verunsicherungs- und Zweitrundeneffekte: Eine höhere Inflation und höhere Inflationserwartungen können wegen steigender Risikoprämien höhere Nominal- und Realzinsen zur Folge haben. Die Dauer und das Ausmaß der Zinseffekte hängt von der Glaubwürdigkeit der Notenbank hinsichtlich der Inflationsbekämpfung und der Abwehr von Zweit-Runden-Effekten ab. Kaufkraftverluste infolge höherer Energie- und Importpreise können über Preis-Lohn-Spiralen zu einem insgesamt höheren Inflationsniveau führen. Ansteigende Arbeitskosten und ein im internationalen Vergleich überdurchschnittlicher Anstieg der Lohnstückkosten beeinträchtigen wiederum die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen. Der Zinseffekt kann die Investitionstätigkeit aufgrund höherer Finanzierungskosten in Kombination mit einer insgesamt höheren konjunkturellen Unsicherheit dämpfen. Mit Blick auf das Ausmaß von Verunsicherungen verstärkt die gegenwärtige Krise das insgesamt bestehende Risikopotenzial aus geopolitischen Verwerfungen (z. B. US-Handelspolitik) und dem russischen Krieg in der Ukraine. Schließlich haben höhere Nominalzinsen auch Folgen für die staatlichen Haushalte (Grömling/Matthes, 2022). Im Gefolge von Energie- und Inflationschocks können Vermögenswerte (z. B. Aktienkurse) sinken und damit im weiteren Verlauf die Konsum- und Investitionstätigkeit belasten. In den Wirtschaftsbereichen, die aufgrund ihrer Energieintensität direkt unter den höheren Energiekosten leiden, und in jenen, die von Lieferketten- und Produktionsstörungen betroffen sind, wird sich die Rentabilität verschlechtern – mit entsprechenden Implikationen für die Unternehmensbewertungen und letztlich die Entwicklungen an den Finanzmärkten.

Die Übersicht in Abbildung 1-1 und die darauffolgenden Darlegungen beschreiben den Möglichkeitsraum der aktuellen Energiekrise durch den Krieg im Nahen Osten. Die tatsächlichen Auswirkungen hängen von der Dauer des politischen Konfliktes und den sich daraus ergebenden ökonomischen Folgen ab. Aussagen zu den politischen Entwicklungen kann eine Konjunkturprognose nicht liefern. Es können lediglich Annahmen hinsichtlich einer politischen Lösung – oder eben nicht – getroffen und in der Prognose als Rahmenbedingung gesetzt werden. Das gilt auch für die ökonomischen Störungen dieses singulären Ereignisses. Freilich gab es bereits in der Vergangenheit Ölschocks mit entsprechenden Erfahrungswerten und Ableitungen für die heutige Situation (siehe Grömling, 2024). Gleichwohl dürften sich die Transmissionskanäle – möglicherweise die Lieferketteneffekte – unterscheiden. Entsprechend sind auch hier mehr oder weniger Annahmen zu formulieren und in der Prognose zu unterstellen. Es wird mit Stand Anfang Mai 2026 hier davon ausgegangen, dass eine politische Lösung des akuten Konfliktes im Frühsommer nicht erreicht wird. Es wird in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen, dass die ökonomischen Folgen – insbesondere die Lieferketten- und Produktionsstörungen – wegen der zeitlichen Wirkungsverzögerungen das gesamte Jahr 2026 prägen werden. Im Übrigen bleiben die bisherigen Unberechenbarkeiten hinsichtlich der US-Zollpolitik bestehen.

2 Anstieg der Inflation und Geldpolitik im Zielkonflikt

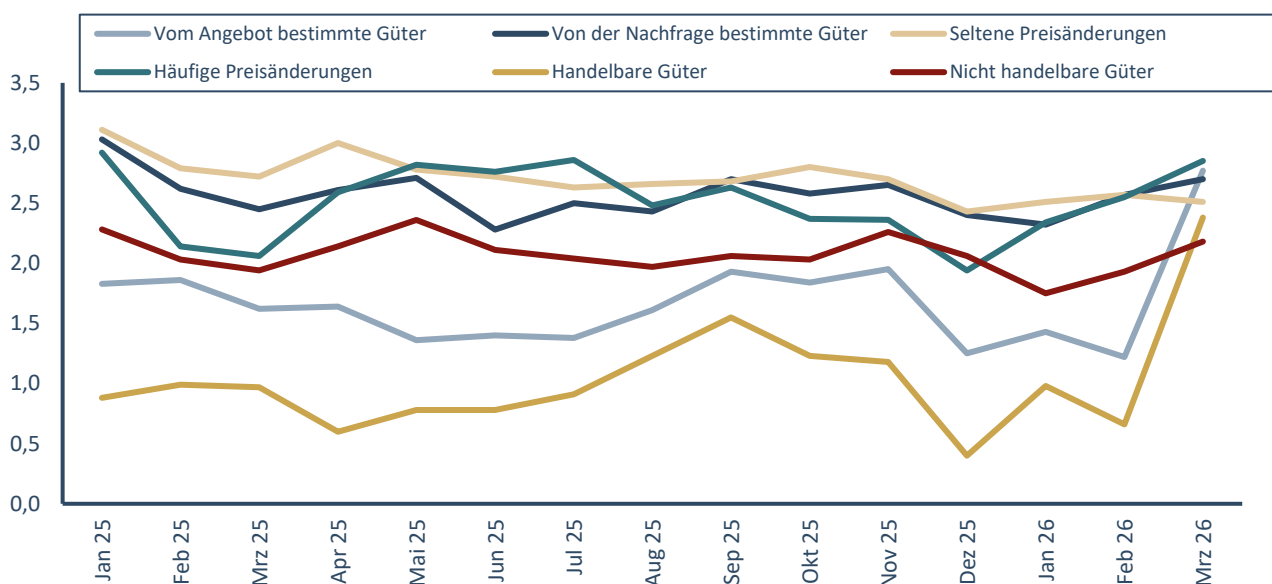
Der durch den Irankrieg verursachte Energiepreisschock wird die Inflationsrate im Laufe des Jahres erhöhen. Angebotsseitige Indikatoren deuten bereits daraufhin. Im Jahresdurchschnitt 2026 kann eine Inflationsrate von 3,5 Prozent möglich sein. Aufgrund von Unsicherheiten über den weiteren Verlauf der kriegesischen Handlungen im Iran und deren Auswirkungen auf Lieferketten werden die Zentralbanken erst einmal zögerlich reagieren und auf weitere Daten warten. Möglich wären zwei Zinsschritte in der zweiten Jahreshälfte 2026.

Die Inflationsrate in Deutschland lag im Januar 2026 bei 2,1 Prozent und damit auf dem Wert, den die Europäische Zentralbank (EZB) mit Preisstabilität verbindet. Der Anstieg auf 2,9 Prozent im April 2026 deutet jedoch auf einen kommenden Inflationsdruck hin. Aktuell ist die Geldpolitik nicht expansiv ausgerichtet. Angebotsseitige Engpassfaktoren sind aber bereits im Index der angebotsseitig bestimmten Güter und im Index der handelbaren Güter erkennbar. Die Preissteigerungsraten dieser beiden Indizes haben sich im März signifikant erhöht (Abbildung 2-1). Sie dienen in der Regel als vorauslaufende Indikatoren, während die anderen Indikatoren eher auf Zweitrundeneffekte reagieren.

Vor dem Hintergrund, dass die Anstiege der Öl- und Gaspreise noch recht frisch sind und die Inflationsdaten noch nicht umfänglich reagieren konnten, kann keine Entwarnung gegeben werden. Noch Ende April haben Tanker, die vor Kriegsbeginn die Straße von Hormus passierten, ihren Bestimmungsort erreicht. Insofern werden die vollen Wirkungen der Blockade erst noch eintreten. In den nächsten Monaten werden weitere Daten eintreffen, die ein klareres Bild ergeben und damit bessere Inflationsprognosen ermöglichen. Gleichwohl kann eine Simulation der Inflationszyklen aus der letzten Energiekrise einen Eindruck für eine mögliche Inflationsdynamik in diesem und nächsten Jahr bieten (Demary, 2026).

Abbildung 2-1: Trendkomponenten und zyklische Komponenten der Inflationsrate in Deutschland

Veränderung der Teilindizes des Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahresmonat in Prozent



Berechnung der Teilindizes auf Basis von Demary/Zdrzalek (2022)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Dazu werden die Inflationsverläufe bei Lebensmitteln, Heizkosten und Kraftstoffen der letzten Energiekrise auf die heutige Preisstruktur angewendet. Die Inflationsraten der anderen Gütergruppen werden auf dem Wert vom März 2026 abgebildet. Die Simulation stellt keine Prognose, sondern eine Nachbildung der vergangenen Energiekrise unter der heutigen Preisstruktur dar. Sie berücksichtigt nicht, dass die aktuelle Energiekrise in ihrer Größenordnung und ihrer zeitlichen Dauer auch anders verlaufen kann. Trotzdem kann die Simulation wichtige Hinweise über eine mögliche Inflationsdynamik geben. Basierend auf der Inflationsdynamik der letzten Krise bei Lebensmitteln, Heizkosten und Kraftstoffen kann die Inflationsrate im Dezember 2026 bei 4,6 Prozent liegen. Die durchschnittliche Inflationsrate für 2026 würde dann bei 3,5 Prozent liegen

(Demary, 2026). Sie wäre damit gleichwohl niedriger als im Jahr 2022 mit 6,9 Prozent. Bei der Simulation ist allerdings zu beachten, dass die aktuelle Energiekrise aufgrund noch nicht prognostizierbarer Faktoren auch anders verlaufen kann. So kann die Dauer des Krieges im Iran die Inflationsdynamik durch Knappheiten bei Öl und Gas verstärken, während Politikmaßnahmen wie in der letzten Energiekrise, beispielsweise die Gas- und Strompreispbremse, die Inflationsdynamik abschwächen können.

Der simulierte Anstieg der Inflationsrate könnte von der Geldpolitik durchaus für ein paar Monate toleriert werden, sofern sie diesen für vorübergehend einschätzt. Die EZB muss ihr Inflationsziel von 2 Prozent nur in der mittleren Frist halten. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Inflationsursache auf angebotsseitige Faktoren zurückzuführen ist, kann sie die Inflation nur bekämpfen, indem sie gleichzeitig das Wirtschaftswachstum verlangsamt. Die Geldpolitik befindet sich damit in einem kurzfristigen Zielkonflikt. Vor diesem Hintergrund und mit Blick darauf, dass die Geldpolitik zurzeit nicht expansiv ausgerichtet ist, ist damit zu rechnen, dass die EZB und möglicherweise auch die Zentralbanken in anderen Ländern, eher abwartend reagieren werden. Wenige Zinserhöhungen in kleinen Schritten könnten möglich sein, sofern sich die Inflationsentwicklung verbreitern sollte. Aktuell bestehen aber weder Zweitrundeneffekte noch die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale. Dies könnte sich im zweiten Halbjahr 2026 ändern, sodass dann im Euroraum möglicherweise zwei Zinserhöhungen vorgenommen werden.

3 Nahost-Krieg testet Resilienz der Weltwirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft wird in diesem Jahr maßgeblich durch die geopolitischen Spannungen belastet. Dies sind die negativen ökonomischen Auswirkungen des Iran-Krieges, vor allem die damit verbundenen Energiepreisschocks. Hinzu kommen der andauernde Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Unberechenbarkeiten der US-Zollpolitik. Die globalen Kapitalmärkte reagieren auf die gestiegene Unsicherheit mit hoher Volatilität. Der Krieg im Iran wird die Inflation erhöhen und das Wachstum dämpfen. Die Weltwirtschaft wird im Jahr 2026 um 2 Prozent zulegen. Die Verwerfungen in den globalen Lieferketten werden den globalen Warenhandel abschwächen. Dieser wird in diesem Jahr nur noch um 1,7 Prozent zulegen. Die Prognose bleibt mit hoher Unsicherheit behaftet. Es bestehen weitere Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft bei einem länger anhaltenden Iran-Krieg, der eine verschärfte Energiekrise mit sich ziehen könnte.

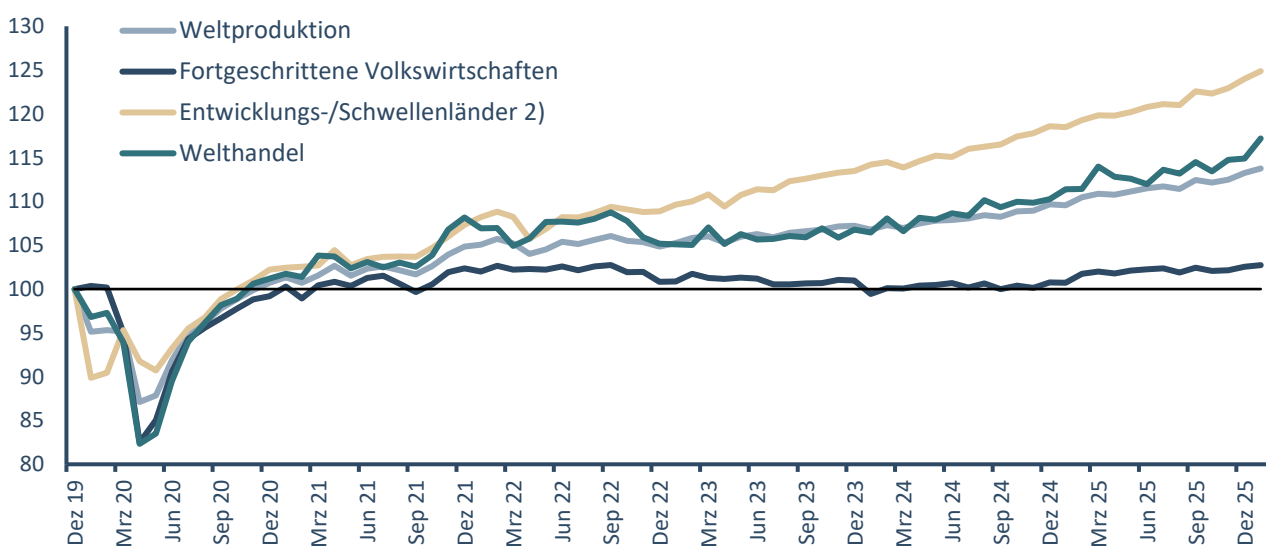
Vor dem Krieg im Iran entwickelte sich die Weltwirtschaft besser als erwartet und schuf damit die Grundlage für Aufwärtsrevisionen der Prognosen in vielen Ländern. Die **globale Industrieproduktion** lag in preisbereinigter Rechnung im Januar 2026 um 3,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Im Jahr 2025 lag die Jahresänderungsrate bei 3,2 Prozent. Die wirtschaftliche Dynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (inklusive USA und Euroraum) als auch in den Schwellenländern (inklusive China) verlief dabei asymmetrisch (Abbildung 3-1): So lag die Industrieproduktion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Januar 2026 im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent höher. Dabei belief sich die Zunahme in den USA auf 2,3 Prozent. Auf Jahressicht hat die amerikanische Industrieproduktion im Jahr 2025 um 1,7 Prozent zugenommen. Die Industrieproduktion im Euroraum lag hingegen zum Jahresbeginn 2026 um 0,5 Prozent niedriger als im Januar 2025. Im vergangenen Jahr wuchs sie um rund 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In den Schwellenländern legte die Industrieproduktion im Jahr 2025 mit rund 4,5 Prozent kräftig zu. Getragen wurde diese Entwicklung vor allem von China, wo die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr um fast 6 Prozent anstieg. Gedämpft war allerdings die Entwicklung in der Gruppe der asiatischen Schwellenländer ohne China, die lediglich um 2,8 Prozent zunahmen. Diese Länder wurden besonders stark von den US-Zöllen getroffen.

Der **globale Warenhandel** hat eine überraschend positive Wachstumsdynamik zum Jahresbeginn 2026 gezeigt (CPB, 2026). Im Januar 2026 lag das preisbereinigte Handelsvolumen um 5,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, nach einer kräftigen Zunahme um 4,2 Prozent im gesamten Jahr 2025 (Tabelle 3-1). Dies ist der größte Anstieg seit 2021 (mit den Pandemiebedingten Nachholeffekten) und stellt eine beachtliche Wende dar, wenn man bedenkt, dass der reale Welthandel 2024 (ohne die historisch hohen US-Handelszölle) im Vorjahresvergleich nur um 2,5 Prozent gewachsen war. Insbesondere im ersten Quartal 2025 führten Vorziehkäufe der USA zu einem deutlichen Anstieg der Weltimporte. Deutlich war allerdings der Rückgang der Warenexporte aus China in die USA. Gleichzeitig legten die US-Importe aus Südostasien (z. B. Vietnam) spürbar zu, was für eine Umleitung von Handelsströmen infolge der US-Zollpolitik spricht. Das starke Wachstum technologiebezogener Exporte kompensierte die Schwäche anderer Exportbereiche und begünstigte vor allem asiatische Volkswirtschaften als führende Halbleiter-Exporteure (IWF, 2026). Gleichzeitig kam es zum Abschluss lang bestehender Verhandlungen zu Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR, Indien und Australien.

Im Frühjahr 2026 deuten **Stimmungsindikatoren** weiterhin auf eine moderate Wachstumsdynamik hin. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für die Gesamtwirtschaft liegt in den hier in der Prognose betrachteten Ländern oberhalb der 50-Punkte-Schwelle und signalisiert damit eine Expansion. Eine Ausnahme bilden Frankreich und Italien mit rund 49 Punkten. In den USA bleiben die wirtschaftlichen Aussichten mit 50,3 Punkten für die Gesamtwirtschaft positiv. Allerdings liegt der PMI für den Dienstleistungssektor knapp unterhalb der Expansionsschwelle. China hebt sich mit einem PMI von rund 52 Punkten für die Gesamtwirtschaft etwas deutlicher ab. Getragen wird dieses Stimmungsbild vom Dienstleistungssektor. Trotz des Iran-Kriegs und den adversen Auswirkungen halten sich die PMIs für die Industrie noch oberhalb der Expansionsschwelle von 50. In Japan und der Eurozone liegt der PMI beispielsweise jeweils bei knapp 52 Punkten. Die Aussichten trüben sich aber durch den militärischen Konflikt im Nahen Osten ein.

Abbildung 3-1: Globale Industrieproduktion und Welthandel

Preis- und saisonbereinigte Werte für Industrieproduktion¹⁾ und Welthandel, Index Dezember 2019 = 100



1) Industrieproduktion (ohne Bausektor), produktionsgewichtet. 2) Schwellenländer einschließlich China.

Quellen: CPB; Institut der deutschen Wirtschaft

Die **US-Zollpolitik** stellt neben den geopolitischen Verwerfungen weiterhin eine der größten Belastungen für die Weltwirtschaft dar. Hieran wird auch die nach dem Urteil des obersten US-Gerichtshofs im Februar 2026 angepasste Zollpolitik der USA kurzfristig nichts ändern. Diese verändert die effektive Zollbelastung für Europa nur unwesentlich. Für China und Indien kam es hingegen zu deutlichen Absenkungen der Handelszölle. Somit ist der effektive Zollsatz auf US-Importe insgesamt laut OECD (2026) um 4 Prozentpunkte auf 10 Prozent gesunken und damit nur halb so hoch wie kurz nach dem „Liberation Day“ mit seinen Zollankündigungen im April 2025. Die US-Importzölle belasten somit weiterhin die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten. Dennoch scheinen die Anpassungen an die neuen Rahmenbedingungen bei den Exporteuren größtenteils abgeschlossen zu sein. Das Ausbleiben von Vergeltungsmaßnahmen auf Seite der meisten US-Handelspartner trägt dazu bei, dass sich die prognostizierten Wachstumseinbußen bisher nur zum Teil materialisiert haben. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit bleibt aber hoch und weitere Unberechenbarkeiten hinsichtlich der US-Handelspolitik werden die konjunkturellen Rahmenbedingungen weiterhin bestimmen.

Die Weltwirtschaft hat sich seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges als widerstandsfähig gegenüber einer Reihe von Schocks erwiesen. Doch mit dem seit Ende Februar 2026 andauernden militärischen Konflikt im Nahen Osten wird die Resilienz der Weltwirtschaft erneut getestet. Dieser jüngste geopolitische Schock tritt weniger als ein Jahr nach der Neuausrichtung der US-Handelspolitik auf, während der Übergang zu einem neuen internationalen Handelssystem immer noch andauert. An erster Stelle bleibt festzuhalten, dass die Lage im Nahen Osten weiterhin von hoher Unsicherheit geprägt ist. Die Wahrscheinlichkeiten möglicher Szenarien – von einem Waffenstillstand bis hin zu einer gravierenden Eskalation – unterliegen täglichen Schwankungen. Die **Auswirkungen des Iran-Kriegs** führen zu Abwärtsrevisionen in der Weltwirtschaft. Der Krieg im Nahen Osten erhöht die Unsicherheit, dämpft die Wachstumsaussichten und treibt die Inflation nach oben. Wie stark die Folgen für die Konjunktur sein werden, hängt maßgeblich von der Dauer und Intensität des Konflikts ab. In dieser Prognose wird unterstellt (siehe Kapitel 1), dass die geopolitische Lage bis zum Sommer dieses Jahres angespannt bleibt. Selbst nach einer Friedenslösung werden die adversen ökonomischen Auswirkungen noch bis Ende 2026 andauern. Die Unpassierbarkeit der Straße von Hormus und die gegenseitigen Angriffe auf die Öl- und Gasinfrastruktur haben deutliche Beeinträchtigungen geschaffen. Zum einen lässt die globale Verknappung des Rohöl- und Erdgasangebots die Rohstoffpreise kräftig steigen. Im Vergleich zum März 2025 lagen die Ölpreise im März 2026 bereits mehr als 40 Prozent höher und liegen am aktuellen Rand bei mehr als 100 US-Dollar (je Barrel Brent). Auch der Preis für Flüssiggas ist in Europa um rund 35 Prozent angestiegen und in Asien um 18 Prozent. Zum anderen besteht die Gefahr, dass die globalen Lieferketten gestört werden und viele Volkswirtschaften mit weitreichenden Folgen konfrontiert sind.

Um eine Orientierung für die wirtschaftlichen Folgen eines höheren Ölpreises auf die Weltwirtschaft zu bekommen, wurden zwei **Szenarien** mit dem Global Economic Model von Oxford Economics simuliert (Kolev Schaefer et al., 2026). Im ersten Szenario wird der Ölpreis gegenüber dem Basisszenario (keine Änderung im Ölpreis) auf 100 US-Dollar je Barrel angehoben. Die adversen Effekte auf die Weltwirtschaft sind bereits in diesem Jahr spürbar und das Niveau des realen BIP liegt demnach um 0,2 Prozent niedriger als im Basisszenario. Das ist vergleichbar zum Referenzszenario des IWF (2026), welches einen kurzen Verlauf des Krieges im Iran annimmt. Im zweiten IW-Szenario wird der Ölpreis auf 150 US-Dollar je Barrel erhöht und somit von einem länger anhaltenden Konflikt ausgegangen. In diesem Szenario liegt das reale BIP-Niveau der Weltwirtschaft 2026 um 1 Prozent niedriger als im Basisszenario. Der IWF (2026) warnt in seiner aktuellen Konjunkturprognose vor der Gefahr einer schweren Energiekrise und rechnet somit zwei weitere Szenarien durch: Im „adverse scenario“ würde das globale Wachstum 2026 um 0,8 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent sinken, während die Inflation getrieben vor allem durch höhere Energiepreise weltweit um 1,5 Prozentpunkte auf

5,4 Prozent steigt. In diesem Szenario steigt der Ölpreis ab dem zweiten Quartal 2026 um 80 Prozent auf durchschnittlich 100 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026 an, die Gaspreise erhöhen sich in Europa und Asien sogar um 160 Prozent. Im „severe scenario“ würde sich das globale Wachstum um 1,3 Prozentpunkte auf 2,1 Prozent verringern und damit eine globale Rezession riskieren. Die Inflation würde auf bis zu 5,8 Prozent ansteigen. In dem Szenario steigt der Ölpreis auf 110 US-Dollar je Barrel im Jahr 2026 an, die Gaspreise erhöhen sich in Europa und Asien um 200 Prozent. In beiden Szenarien wären Schwellenländer stärker betroffen als Industrieländer, da sie einer höheren Exposition gegenüber Rohstoffpreisen, einem stärkeren Anstieg der Inflationserwartungen und einer Verschärfung der Finanzierungsbedingungen ausgesetzt sind (IWF, 2026).

Die **IW-Auslandsprognose** (Tabelle 3-1) wurde mithilfe des Global Economic Model von Oxford Economics erstellt. Dabei wurden die beschriebenen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das makroökonomische Weltwirtschaftsmodell entsprechend eingebaut, um die Prognosewerte auf Basis der Modellsimulationen für das Jahr 2026 zu ermitteln. Der Krieg im Iran wird die Inflation erhöhen und das Wachstum dämpfen. Insgesamt wird die Weltwirtschaft im Jahr 2026 nur um 2 Prozent zulegen. Im Rahmen der IW-Winterprognose (Bardt et al., 2025) wurde aufgrund einer schwächeren Ausgangsbasis ebenfalls von einem Wachstum in Höhe von 2 Prozent ausgegangen. Die erneuten Verwerfungen werden trotz des besseren Jahreseinstiegs das Wachstum wieder abschwächen. Die Prognose bleibt mit hoher Unsicherheit behaftet. Es bestehen weitere Abwärtsrisiken für die Weltwirtschaft bei einem länger anhaltenden Iran-Krieg, der eine verschärfte Energiekrise mit sich ziehen könnte.

Tabelle 3-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP und des realen Welthandels gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Euroraum	0,9	1,5	1,0
Frankreich	1,1	0,9	0,5
Italien	0,6	0,7	0,7
UK	1,1	1,3	0,9
USA	2,8	2,1	2,0
China	4,9	5,0	4,3
Japan	-0,2	1,2	0,7
Weltwirtschaft¹⁾	2,6	2,8	2,0
Welthandel²⁾	2,5	4,2	1,7

1) In US-Dollar. 2) Realer Güterhandel in Abgrenzung von CPB.

Quellen: CPB; Eurostat; nationale Statistiken; Weltbank; Institut der deutschen Wirtschaft

Die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten in den **USA** wurden durch die eigene Zollpolitik, den zwischenzeitlichen Government Shutdown und die Unternehmensinvestitionen in Künstliche Intelligenz (KI) im Jahr 2025 stark beeinflusst. Vor allem beim amerikanischen Außenhandel kam es im ersten Halbjahr 2025 zu starken Ausschlägen. Getragen wurde die US-Wirtschaft vom Binnenkonsum der privaten Haushalte sowie den Unternehmensinvestitionen im Technologiesektor. Insgesamt nahm die reale Wirtschaftsleistung der USA um 2,1 Prozent im vergangenen Jahr zu, was eine leichte Abschwächung im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Die

Arbeitslosenquote stieg im Jahresverlauf 2025 leicht an und erreichte im November 2025 mit 4,5 Prozent den höchsten Wert seit September 2021. Freilich bleibt sie im längerfristigen Vergleich niedrig. Die Geldpolitik befindet sich nach wie vor im restriktiven Bereich. Die wirtschaftliche Dynamik nahm zum Jahresende 2025 ab, da der Government Shutdown vorübergehend zu einem starken Rückgang der öffentlichen Ausgaben führte. Die bisherigen Konjunkturdaten deuten für den Jahresstart 2026 eine leicht unterdurchschnittliche Entwicklung an. So ist das Konsumentenvertrauen im März 2026 deutlich zurückgegangen. Hinzu kommt die stark erhöhte Volatilität an den Aktienmärkten, was zu einem sinkenden Investorenvertrauen geführt hat. Im Prognosezeitraum kommen positive Impulse bei den privaten Investitionen weiterhin von der hohen Dynamik bei den KI-Investitionen. Die höhere Inflationsrate (über 3 Prozent im März 2026) sorgt in diesem Jahr für eine schwindende Kaufkraft. Die verfügbaren Einkommen sind durch die steigenden Ölpreise belastet, allerdings vor dem Hintergrund einer Rekordsaison bei Steuererstattungen, die die verfügbaren Einkommen stützen. Gleichzeitig hat der Rückgang an den Aktienmärkten den positiven Vermögenseffekt für die Ausgaben einkommensstärkerer Haushalte abgeschwächt, der in den vergangenen Jahren ein wichtiger Treiber des Konsumwachstums war. Die aktuell gestiegene Inflation setzt die amerikanische Geldpolitik unter Druck. Die Fed hat die Leitzinsen im Dezember 2025 auf 3,5 bis 3,75 Prozent gesenkt und im April 2026 auf diesem Niveau gehalten. Es wird im Jahr 2026 kein geldpolitischer Stimulus erwartet. Der fiskalische Spielraum ist durch die hohe Schuldenstandquote und die zunehmenden Zinskosten ebenfalls begrenzt. Die Abhängigkeit der USA von Warenströmen durch die Straße von Hormus ist gering, sodass sich die Haupteffekte des Iran-Kriegs auf die US-Wirtschaft vorwiegend in höheren Energiepreisen niederschlagen. Die US-Wirtschaft expandiert mit geringerem Tempo und wird in diesem Jahr um 2 Prozent zulegen.

Die **chinesische Wirtschaft** expandierte im vergangenen Jahr mit 5 Prozent. Die Krise auf dem Immobilienmarkt hielt an und strahlte weiter auf den privaten Konsum aus. Mit der Schwäche der Binnennachfrage nahm die Bedeutung der Exporte zu. Trotz Gegenwind durch die amerikanischen Handelszölle konnten die chinesischen Ausfuhren die konjunkturelle Entwicklung unterstützen. Der chinesische Handelsüberschuss bei Waren erreichte 2025 mit 1,2 Billionen US-Dollar einen Rekordwert (IWF, 2026). Begünstigt wird diese Entwicklung auch durch einen unterbewerteten Renminbi im Vergleich zu anderen relevanten internationalen Währungen, als auch die gesunkenen Handelszölle der USA auf chinesische Exporte. Gleichwohl hat die chinesische Währung gegenüber dem Euro seit Herbst 2025 wieder leicht aufgewertet. Das erste Quartal 2026 wurde vor allem von Exporten und Investitionen getragen. Eine anhaltend niedrige Inflation deutet auf eine unveränderte Geldpolitik hin. Auch wenn China etwa 50 Prozent seines Öls über die Straße von Hormus importiert, ist die wirtschaftliche Abhängigkeit geringer als es diese Zahlen nahelegen. Die primäre Energiequelle ist Kohle und wird nahezu vollständig im Inland extrahiert. Zudem hat China seine Ölreserven in den Monaten vor dem Krieg am Golf deutlich ausgeweitet und verfügt über mehr Raffineriekapazitäten als zur Deckung des Inlandsverbrauchs an allen Produkten notwendig ist. Die binnenwirtschaftliche Kapazitätsauslastung ist jedoch weiterhin schwach und es wird von einem moderaten Rückgang der Wachstumsrate auf 4,3 Prozent in diesem Jahr ausgegangen.

Die Wirtschaft im **Euroraum** wuchs im vergangenen Jahr preisbereinigt um 1,5 Prozent. Stützend wirkte die Investitionstätigkeit. Schlecht lief es im Außenhandel, der in drei von vier Quartalen einen negativen Wachstumsbeitrag lieferte. Der private Konsum hat die positive Wachstumsdynamik mitgetragen und wurde durch einen robusten Arbeitsmarkt und kräftige Reallohnzuwächse gestützt. Auch die Industrieproduktion konnte im vergangenen Jahr einen Zuwachs von 1,4 Prozent verzeichnen, nach zwei Jahren negativer Veränderungsraten. Die EZB hat im Zuge der nachlassenden Inflationsrate den Leitzins im Juni 2025 auf 2 Prozent gesenkt

und damit einen expansiven Bereich erreicht. Die Notwendigkeit der fiskalischen Konsolidierung könnte in einigen Euro-Ländern zu Steuererhöhungen führen und damit die private Investitionstätigkeit und den privaten Konsum dämpfen. Im Prognosezeitraum belastet die geopolitische Lage das Wirtschaftswachstum im Euroraum. Die Wirtschaftsstimmung hat sich deutlich eingetrübt. Kurzfristig erhöht der Energiepreisschock im Gefolge des Iran-Kriegs die Inflation. Diese war im März 2026 bereits deutlich auf 2,5 Prozent angestiegen und lag im April bei 3 Prozent. Die EZB (2026) geht in ihrer aktuellen Konjunkturprognose für 2026 von einer Jahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex von 2,6 Prozent aus. Aufgrund der Gefahr, dass sich der Energiepreisschock über Zweitrundeneffekte in eine Preis-Lohn-Spirale wandelt, wird im Prognosezeitraum von moderaten Leitzinserhöhungen ausgegangen. Hinzu kommt die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Ein stärkerer Euro hat einen preisdämpfenden Effekt im Euroraum, weil Energieimporte günstiger werden. Gleichwohl besteht zusätzlicher Druck für die europäischen Exporteure durch die Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen von Ländern, die ähnliche Produkte exportieren. Der Iran-Krieg erhöht über die geopolitische Unsicherheit die Anleiherenditen und führt somit zu steigenden Zinskosten auf Staats-titel. Die andauernde Energiekrise erfordert außerdem fiskalische Hilfsmaßnahmen. Insgesamt wird die Fiskalpolitik im Euroraum als neutral in diesem Jahr eingeschätzt. Die Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Verteidigungsausgaben dürften sich in den meisten Ländern erst graduell in den Folgejahren bemerkbar machen. Es wird von einem Wirtschaftswachstum im Euroraum in diesem Jahr von 1 Prozent ausgegangen.

4 Rückfall in die privatwirtschaftliche Stagnation

Bereits bestehende Belastungen durch den Nahost-Krieg und erwartete Liefer- und Produktionsstörungen lassen das preis- und arbeitstäglich bereinigte BIP in Deutschland im Jahresverlauf 2026 kaum von der Stelle kommen. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des realen BIP von gut 0,4 Prozent ergibt sich größtenteils aus einem positiven Kalendereffekt. Die globale Abschwächung wird das deutsche Exportgeschäft beeinträchtigen. Die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit bleibt auf der Strecke. Durch den erneuten Energieschock stagniert der private Konsum. Die Inlandsnachfrage wächst vorwiegend aufgrund des expandierenden Staatskonsums und staatlicher Investitionen im Bereich Verteidigung.

Die langwierige Seitwärtsbewegung der deutschen Volkswirtschaft hält an. Im ersten Quartal 2026 lag das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP nach erster Schätzung um 0,3 Prozent über dem Niveau des vorhergehenden Quartals, damit aber auch nur knapp über dem Jahresdurchschnitt von 2019 (Abbildung 4-2). Es wurde bereits darauf hingewiesen (Kapitel 1), dass sich die im Vorfeld der aktuellen Nahost-Krise sichtbaren Aufhellungen der wirtschaftlichen Perspektiven in Deutschland jedoch wieder eingetrübt haben. In Kapitel 3 wurde dargelegt, dass sich mit dem Krieg im Nahen Osten die Weltwirtschaft mit zusätzlichen Belastungen konfrontiert sieht. Neben den Energiepreiseffekten bestehen Sorgen hinsichtlich der industriellen Lieferketten und der eigenen Produktionsfähigkeiten. Die nicht überwundene wirtschaftliche Krise in Deutschland zeigt sich nach wie vor in der insgesamt schlechten Geschäftslage der deutschen Unternehmen. Gemäß der IW-Konjunkturumfrage vom März 2026 (Grömling, 2026a) liegt der Saldo aus positiven und negativen Lagebewertungen weiterhin deutlich im negativen Bereich. Nur gut 14 Prozent der Unternehmen sprechen von einer besseren Geschäftssituation als vor einem Jahr, knapp 43 Prozent von einer Verschlechterung. In der Industrie, der privaten Dienstleistungswirtschaft und in der Bauwirtschaft wird die aktuelle Lage unterm Strich negativ bewertet. Die deutsche Industrie leidet unter den Handelskonflikten, den geopolitischen Verwerfungen und der damit einhergehenden schwächeren Weltwirtschaft (Grömling, 2026b). Hinzu kommt die geschwächte Wettbewerbsfähigkeit durch die sowieso schon hohen Energie-, Regulierungs-

und Arbeitskosten sowie die Wechselkursaufwertungen. Auch die seit dem Jahr 2021 andauernde Baukrise konnte im vergangenen Jahr nicht überwunden werden. Hohe Baukosten infolge von Materialverteuerungen überlagern die positiven Effekte der rückläufigen Zinsen. Transport, Energie und Material dürften durch die aktuelle Situation eine erneute Herausforderung und Belastung für die Bauwirtschaft darstellen. Die Dienstleistungswirtschaft konnte die Ausfälle in der Industrie und Bauwirtschaft mehr oder weniger kompensieren. Aber auch unternehmensnahe Dienstleister hängen im Sog der Industrie- und Baukrise. Konsumnahe Dienstleistungen bleiben wegen der zurückhaltenden Konsumtätigkeit schwach. Ein Gegengewicht bilden die staatlichen und sozialen Dienstleistungen, die vom ansteigenden Staatskonsum profitieren.

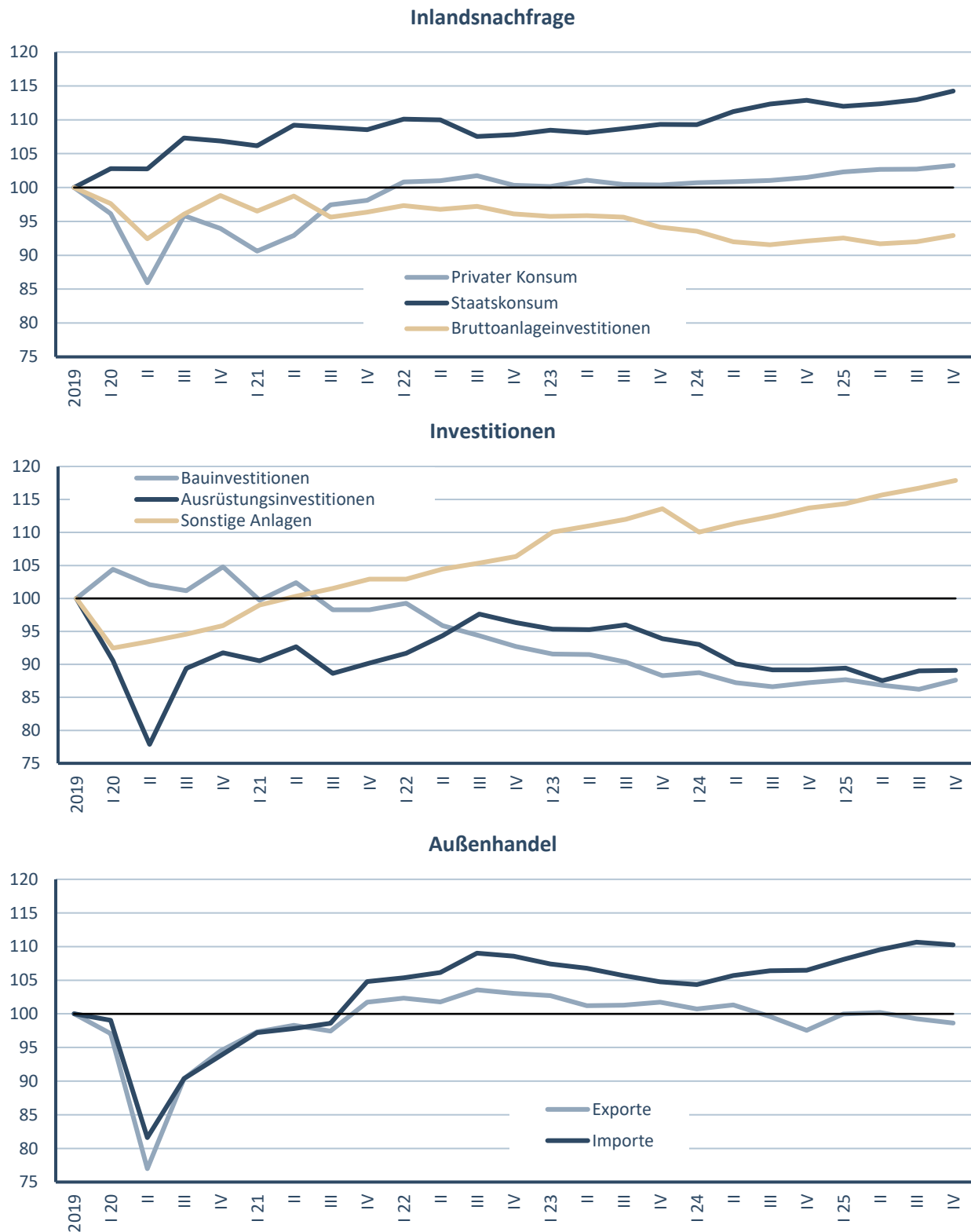
Mit Blick auf das Jahr 2026 haben sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen gemäß der IW-Konjunkturumfrage wieder deutlich verschlechtert. Die Befragung fand im März 2026 statt und startete (zufällig) mit dem Kriegsausbruch im Nahen Osten. Damit war auch der gesamte Befragungszeitraum bis Anfang April vom Kriegsverlauf und den damit verbundenen Unwägbarkeiten geprägt. Demnach gehen nur 21 Prozent der befragten Firmen 2026 von einer höheren Produktion als im Vorjahr aus. 35 Prozent der Unternehmen haben jedoch schlechtere Produktionserwartungen. Damit befindet sich die deutsche Wirtschaft in der längsten Phase negativer Unternehmenserwartungen seit 20 Jahren. Diese sich eintrübenden angebotsseitigen Perspektiven finden ihren Niederschlag auf der Nachfrageseite der Volkswirtschaft in diesem Jahr.

Außenhandel: Die deutschen Exporte sind auf Basis von preisbereinigten Jahreswerten im Jahr 2025 zum dritten Mal in Folge gegenüber dem Vorjahr gesunken (siehe zum saisonbereinigten Verlauf Abbildung 4-1). Dabei war die Entwicklung der Warenexporte, auf die knapp vier Fünftel des gesamten deutschen Exportgeschäfts entfallen, noch deutlich negativer. Im Jahresdurchschnitt lagen die preisbereinigten Warenausfuhren um 5,8 Prozent unter dem letzten Höhepunkt von 2022. Die Dienstleistungsausfuhren lagen dagegen um 2,6 Prozent über diesem Vergleichswert. Das gesamte deutsche Ausfuhrgeschäft wurde in den letzten vier Jahren im Wesentlichen durch die verhalten dynamischen Dienstleistungsexporte stabilisiert. Dagegen werden offensichtlich die deutschen Warenexporte vom (gleichwohl auch schwächeren) Welthandelswachstum in den letzten Jahren nicht mehr begünstigt und der deutsche Export hat sich vielmehr vom Weltmarkt abgekoppelt. Mehrere Erklärungen kommen dafür in Betracht (Deutsche Bundesbank, 2025; Grömling, 2026b): Globale Nachfrageverschiebungen weg vom deutschen Export- und Produktionsportfolio, Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, Substitution von Inlandsproduktion durch Produktionsverlagerungen und geopolitische Blockbildung. Dahinter steht die Beobachtung (McKinsey Global Institute, 2025), dass geopolitisch sich näherstehende Länder aufgrund der weltpolitischen Umbrüche ihre ökonomische Kooperation intensivieren mit entsprechenden Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen. Für Deutschland nehmen die Belastungen im Handel mit geopolitisch entfernten und sich entfernenden Ländern zu und der Handel mit geopolitisch näherstehenden Ländern – vor allem der europäische Hauptmarkt – kann dies nicht kompensieren.

Der zwischenzeitige Auftrieb der deutschen Exporte im ersten Quartal 2025 wurde durch höhere Einkäufe und Vorzieheffekte infolge der angekündigten Zollpolitik der neuen US-Administration induziert. Die realen Importe waren dagegen im Verlauf der vergangenen beiden Jahre deutlich nach oben gerichtet (Abbildung 4-1). Dies reflektiert ebenfalls Vorzieh- und Lagereffekte aufgrund der geopolitischen Lage und der allgemeinen Handelsproblematik. Hinzu kommen die auch dadurch ausgelösten Umlenkungseffekte von chinesischen Waren auf europäische Märkte. Mit Blick auf das Jahr 2026 wurde bereits in der IW-Winterprognose (Bardt et al., 2025) konstatiert, dass die insgesamt bremsenden Effekte durch geopolitische Veränderungen und preisliche Wettbewerbsprobleme bestehen bleiben. Hinzu kommen jetzt die Belastungen durch den Krieg im Nahen Osten und die vielfältigen Übertragungswege (siehe Kapitel 1).

Abbildung 4-1: Nachfrageentwicklung in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstgig bereinigte Werte; Jahresdurchschnitt 2019 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Vor diesem Hintergrund müssen die Außenwirtschaftsperspektiven nach unten korrigiert werden. Das im Rahmen der IW-Winterprognose ehemals schon schwach prognostizierte Exportwachstum von nur 0,3 Prozent wird auf -0,3 Prozent revidiert. Während in der IW-Winterprognose noch ein Importplus von 1,5 Prozent gesehen wurde, wird jetzt nur noch von einem Zuwachs der realen Einfuhren in Höhe von 0,4 Prozent ausgegangen. Dies begründet sich vorwiegend aus den erwarteten Lieferstörungen im Gefolge des Krieges im Nahen Osten und seinen Folgen. Weiterhin bestehen die Unberechenbarkeiten der US-Handelspolitik.

Investitionen: Neben der langwierigen Exportkrise hat sich auch die Investitionskrise in Deutschland im vergangenen Jahr weiter fortgesetzt (Abbildung 4-1). Die Bruttoanlageinvestitionen lagen um 0,2 Prozent unter dem schlechten Vorjahresvolumen. Mit Ausnahme der leichten Erholung im Jahr 2021 waren die Investitionen in Deutschland in den letzten sechs Jahren permanent rückläufig und im Jahresdurchschnitt 2025 lagen die realen Bruttoanlageinvestitionen um 7,7 Prozent unter dem Wert von 2019. Dieses Investitionsvolumen wurde seitdem in keinem Jahr wieder erreicht. Mit Blick auf die einzelnen Investitionsbereiche, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgegrenzt werden, zeigt sich unverändert ein gemischtes Bild. Nach dem Pandemiebedingten Einbruch im ersten Quartal 2020 war mit Ausnahme des deutlichen Rückgangs im ersten Quartal 2024 ein durchgehender Anstieg bei den Investitionen in Sonstige Anlagen (Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken) zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt 2025 lagen diese Investitionen in preisbereinigter Rechnung um gut 16 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2019. Dies signalisiert den Strukturwandel hin zu immateriellen und für die Digitalisierung wichtigen Produktionsgütern und ist ein positives Signal für den Investitions- und Innovationsstandort Deutschland. Während diese immateriellen Investitionen im Jahresverlauf 2025 weiter nach oben gerichtet waren, gab es bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen keine Wende zum Besseren. Die Bauinvestitionen sind im Jahresdurchschnitt 2025 weiter zurückgegangen. Das preisbereinigte Vorjahresniveau wurde um 0,6 Prozent unterschritten und das Investitionsvolumen von 2019 um fast 13 Prozent. Der Wohnungsbau blieb auch im vergangenen Jahr schwach, da er unter hohen Bau- und Finanzierungskosten leidet. Die preisbereinigten Ausrüstungsinvestitionen, zu denen Maschinen, Geschäftsausstattungen, Nutzfahrzeuge sowie militärische Güter zählen, waren in den letzten drei Jahren rückläufig und lagen im Jahr 2025 um gut 11 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2019. Die geopolitischen Verwerfungen, die mit der russischen Invasion in der Ukraine ausgelöst wurden und mit den globalen Handelskonflikten ihre Fortsetzung erfahren, belasten das Investitionsklima. Hinzu kommt, dass sich die durch Wirtschaftspolitik gestaltbaren investiven Rahmenbedingungen in Deutschland noch nicht im notwendigen Umfang verbessert haben (Bardt/Grömling, 2025b).

Mit dem sogenannten „Bauturbo“ sowie der Reaktivierung der Neubauförderung für Effizienzhäuser hat die Bundesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen geschaffen. Auch die beabsichtigten beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren wirken unterstützend. Die im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) vorgesehenen Mehrausgaben dürften insgesamt positiv wirken, vor allem im Tiefbau und im öffentlichen Nichtwohnungsbau. Allerdings wird die Nahost-Krise die Bautätigkeit in Deutschland im Jahr 2026 belasten. Ursache hierfür ist das gestiegene Zinsniveau, das für langfristige Finanzierungen im Wohnungsbau seit dem Beginn des Iran-Kriegs um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte gestiegen ist und damit wieder die 4-Prozent-Marke erreicht hat. Darüber hinaus belasten die höheren Energiekosten die insgesamt energie- und transportintensive Branche (einschließlich der energieintensiven Vorleistungsindustrie wie etwa der Baustoffindustrie). Auch wenn derzeit kein flächendeckender Baustoffmangel wie in den Jahren 2021 und 2022 zu erwarten ist, bestehen erhöhte Lieferkettenrisiken und Preisvolatilitäten, die zu Verzögerungen bei Bauprojekten führen können. Aufgrund der gestiegenen Finanzierungskosten und der steigenden Kosten ist mit einem Abschlag bei den preisbereinigten Bauinvestitionen in diesem

Jahr zu rechnen. Diese werden das Vorjahresvolumen nur noch um rund 1 Prozent übertreffen. Positive und gleichwohl schwache Impulse kommen dabei vom Wohnungsbau. Perspektivisch höhere Finanzierungskosten infolge der geopolitischen Krise bremsen hier neben den Kosteneffekten. Deutliche Impulse werden vom öffentlichen Nichtwohnungsbau erwartet, wenngleich auch hier die höheren Kosten den Mengeneffekt vermindern werden. Bei den Ausrüstungsinvestitionen muss ebenfalls eine Abwärtsrevision vorgenommen werden. Das erwartet schwache Wachstum in Höhe von 0,2 Prozent im Jahresdurchschnitt 2026 wird mit den erneut ansteigenden Verunsicherungen, höheren Finanzierungskosten sowie Lieferketten- und Produktionsproblemen im Bereich der Investitionsgüterproduktion erklärt. Die höheren Verteidigungsausgaben mit ihren positiven Investitionseffekten wirken zwar den Rückgängen bei den privatwirtschaftlichen Investitionen entgegen, ohne aber die gesamte Investitionstätigkeit im Bereich der Ausrüstungen ins Positive zu wenden. Weiterhin dynamisch werden die Investitionen in Sonstige Anlagen verlaufen. Hier wird für das Jahr 2026 mit einem Zuwachs in Höhe von 3 Prozent gerechnet. Damit wird bei den realen Bruttoanlageinvestitionen in diesem Jahr ein Plus von 1,2 Prozent erwartet. Das ist ein Prozentpunkt weniger als in der IW-Winterprognose. Die Verschlechterung der Investitionserwartungen wurden im Rahmen der IW-Konjunkturumfrage vom März 2026 (Grömling, 2026a) deutlich. Über alle privatwirtschaftlichen Branchen hinweg rechnen nur 21 Prozent mit höheren, jedoch 39 Prozent der Unternehmen mit niedrigeren Investitionsbudgets im Jahr 2026. Der Anteil der Industriebetriebe, die 2026 mit niedrigeren Investitionen planen, ist mit 42 Prozent nach wie vor rund doppelt so hoch wie der Anteil mit höheren Investitionen (19 Prozent). Die Erwartungswerte der privaten Dienstleister liegen auf ähnlichem Niveau und bringen die gesamte Investitionsschwäche klar zum Ausdruck. Auch die Stimmung in der Immobilienwirtschaft hat sich nach den leichten Erholungstendenzen im Jahr 2025 nunmehr im ersten Quartal 2026 wieder eingetrübt (Henger/Voigtländer, 2026).

Konsum: Der gesamtwirtschaftliche Konsum lag im Jahresdurchschnitt 2025 um 1,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Dabei kamen erfreulicherweise kräftige Impulse vom privaten Konsum. Dieser übertraf sein Vorjahresvolumen um 1,6 Prozent und war über den gesamten Jahresverlauf 2025 nach oben gerichtet (Abbildung 4-1). Damit konnte auch erstmals wieder anhaltend und sichtbar das Konsumniveau des Jahres 2019 übertroffen werden. Weiterhin dynamisch verlief der öffentliche Konsum – und zwar ebenfalls über das gesamte Jahr 2025 hinweg. Im Jahresdurchschnitt 2025 lag der reale Staatsverbrauch um fast 13 Prozent über dem Niveau von 2019. Diese ansteigenden Staatsausgaben für konsumtive Zwecke finden ihren Niederschlag in den angesprochenen Wertschöpfungsbeiträgen der staatlichen Dienstleistungen auf der Entstehungsseite der Volkswirtschaft. Dagegen haben in den letzten Jahren die hohen politischen Verunsicherungen, die allgemein schwachen Konjunkturaussichten und die steigenden Sorgen um die Arbeitsplatzsicherheit die private Konsumneigung stark beeinträchtigt. Spiegelbildlich hatte sich die Sparneigung der Bevölkerung zwischenzeitlich deutlich erhöht. Im vergangenen Jahr hat sich die Sparquote der privaten Haushalte wieder normalisiert und ein sichtlich höherer Anteil der verfügbaren Einkommen wurde für den Konsum herangezogen.

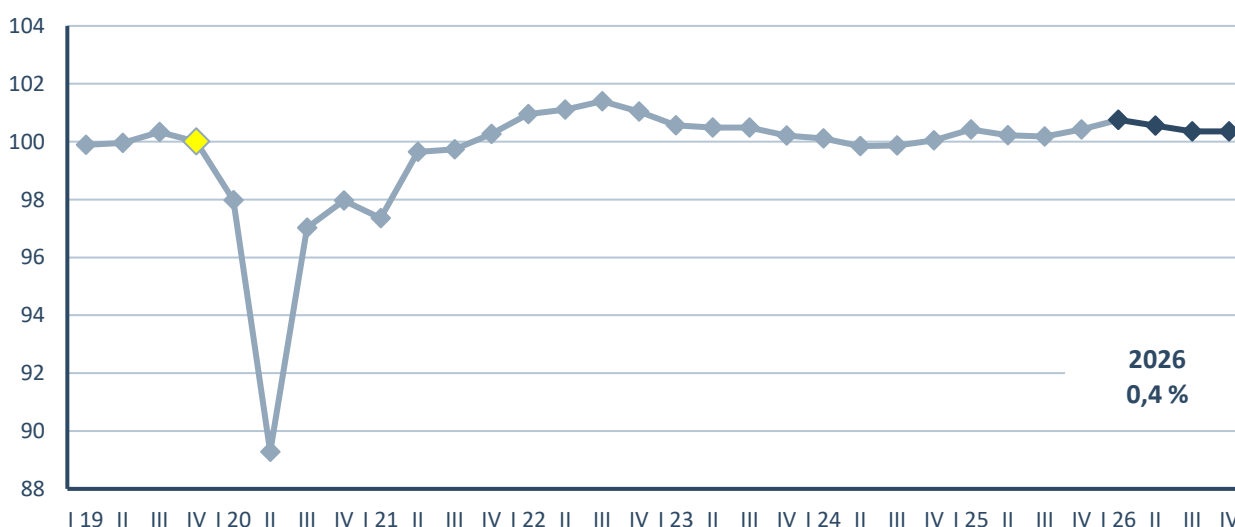
Neben den bestehenden Verunsicherungen durch den Strukturwandel infolge von Transformation, Technologie und Geopolitik wird das private Konsumklima in Deutschland in diesem Jahr erneut belastet. Der Krieg im Nahen Osten und die im ersten Kapitel aufzeigten Effekte erfordern eine deutliche Korrektur der Konsumprognose. Zum einen wirken sich die Energieverteuerungen und der damit einhergehende Kaufkraftentzug direkt auf die Konsummöglichkeiten aus. Zum anderen wird von Folgepreiswirkungen – etwa im Bereich von Lebensmitteln – gerechnet. Nicht zuletzt kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass es keine Mengeneffekte infolge von Lieferengpässen und Produktionsstörungen gibt. In Kapitel 2 wurde dargelegt, dass mit einer Inflationsrate in einer Größenordnung von 3,5 Prozent im Jahr 2026 gerechnet werden kann. Für diese Simulation wurden die Inflationsverläufe bei Lebensmitteln, Heizkosten und Kraftstoffen der letzten

Energiekrise auf die heutige Preisstruktur übertragen. Die Simulation stellt somit keine Prognose dar, sondern eine Nachbildung der vergangenen Energiekrise unter der heutigen Preisstruktur. Mit Blick auf die Entwicklung des realen Konsums der privaten Haushalte in Deutschland wird von einer Inflationsrate von gut 3 Prozent im Jahr 2026 ausgegangen. Aufgrund der um rund einen Prozentpunkt höheren Inflationsrate in Deutschland (im Vergleich zur IW-Winterprognose und in Anlehnung an Kolev-Schaefer et al., 2026) wird der preisbereinigte private Konsum im Jahr 2026 stagnieren. Das Konsumklima in Deutschland hat sich bereits deutlich verschlechtert. Der reale Staatskonsum wird leicht abgebremst um 1,8 Prozent ansteigen.

Am Anfang dieses Kapitels wurde bereits auf die eingetrübten Geschäfts- und Produktionserwartungen der Unternehmen in Deutschland für das Jahr 2026 hingewiesen. In Anbetracht der bereits wirksamen Belastungen durch den Krieg im Nahen Osten und der erwarteten Liefer- und Produktionsstörungen im Jahresverlauf 2026 und vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate wird das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoinlandsprodukt trotz des relativ guten Starts im ersten Quartal (auf Basis der Schnellschätzung) im Jahresverlauf 2026 kaum von der Stelle kommen (Abbildung 4-2). Die deutsche Konjunktur bleibt in einer instabilen Seitenlage. Die globale Abschwächung durch die Geopolitik wird das deutsche Exportgeschäft auch in diesem Jahr beeinträchtigen und eine Erholung bleibt aus. Geopolitische Unberechenbarkeiten dominieren das Konjunkturbild. Dies überträgt sich auf die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit, die ebenfalls liegen bleibt. Die staatlichen Investitionsabsichten werden sich im Jahr 2026 noch nicht entscheidend materialisieren, sie beginnen aber zu wirken. Offen bleibt zunächst auch hier, wie sich Zulieferungs- und Produktionsprobleme niederschlagen. Nicht zuletzt belastet der erneute Energieschock die privaten Konsumausgaben. Die Inlandsnachfrage wächst insgesamt leicht – vorwiegend aufgrund des weiter expandierenden Staatskonsums und staatlicher Investitionen im Bereich Verteidigung. Das jahresdurchschnittliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von gut 0,4 Prozent ergibt sich zudem aus einem positiven Kalendereffekt (in Höhe von rund 0,3 Prozentpunkten), da in diesem Jahr fast 2½ Arbeitstage mehr zur Verfügung stehen als in 2025.

Abbildung 4-2: Konjunkturverlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; ab 2. Quartal 2026: IW-Prognose, Index 4. Quartal 2019 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr¹⁾ in Prozent



1) Nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

5 Arbeitsmarktlage trübt sich weiter ein

Im Jahr 2026 wird die Erwerbstätigkeit um 190.000 Personen sinken, während die Arbeitslosigkeit leicht auf rund 3 Millionen ansteigen wird. Vor allem Entlastungen auf der Seite des Arbeitskräfteangebots können den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen, eine Trendwende ist hingegen nicht in Sicht

Die Erwerbstätigkeit in Deutschland hat saisonbereinigt im April 2025 ihren Zenit überschritten. Der Jahresdurchschnitt blieb jedoch nahezu auf dem hohen Niveau von 2024. Gleichwohl ging zwischen 2023 und 2025 die Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe kumulativ um 238.000 Personen zurück, am Bau waren es 56.000 Beschäftigte und in Handel, Verkehr und Gastgewerbe 35.000 Personen weniger. Währenddessen nahm die Anzahl der Erwerbstätigen bei öffentlichen Dienstleistern sowie im Bereich Erziehung und Gesundheit deutlich um 365.000 Personen zu. Ab Mitte des Jahres 2025 konnte aber der Beschäftigungsaufbau in den staatsnahen Dienstleistungen die Stellenverluste in der Industrie und verbundenen Branchen nicht mehr ausgleichen. Laut IW-Konjunkturumfrage ist davon auszugehen, dass sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Privatwirtschaft weiter fortsetzt (Grömling, 2026a).

Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2025	2026	2025	2026
	Absolute Werte		Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	45.978	45.789	0,0	-0,4
Arbeitszeit (in Stunden)	1.332	1.339	-0,2	0,5
Arbeitsvolumen (in Mrd. Stunden)	61.252	61.311	-0,2	0,1
Reales BIP	–	–	0,2	0,4
Reales BIP je Erwerbstätigen	–	–	0,3	0,8
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	–	–	0,4	0,3
Erwerbslose (in 1.000) ¹⁾	1.652	1.699	–	–
Erwerbslosenquote ¹⁾ (in Prozent)	3,5	3,6	–	–
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	2.948	3.006	–	–
Arbeitslosenquote (in Prozent)	6,3	6,4	–	–

1) Nach ILO-Konzept.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Die erneute geopolitische Unsicherheit führt zu einem Ausbleiben der zuvor erwarteten Arbeitsmarkterholung für den Herbst 2026. Im Jahresdurchschnitt 2026 wird daher statt einer Stagnation ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um 190.000 Personen erwartet (Tabelle 5-1). Die Anzahl der potenziellen Arbeitstage steigt kalenderbedingt um 1 Prozent. Aufgrund des Trends zur Teilzeitbeschäftigung steigt die durchschnittliche Arbeitszeit jedoch nur um 0,5 Prozent, sodass das Arbeitsvolumen mit 0,1 Prozent nur leicht zulegen kann. Das Produktivitätswachstum nimmt vor dem Hintergrund der Anpassungen der Personalbestände zwar leicht

zu; die Verluste seit dem vorläufigen Höchststand im Jahr 2022 können aber bisher noch nicht ausgeglichen werden. Das könnte darauf hindeuten, dass selbst bei einer zukünftigen konjunkturellen Belebung das Wachstum der Erwerbstätigkeit verhalten bleiben wird.

Der Anstieg der saisonbereinigten Anzahl der Arbeitslosen kam im Sommer des Jahres 2025 zu einem Stillstand. Während von August 2024 bis Juni 2025 die Arbeitslosigkeit monatlich noch durchschnittlich um 14.000 Personen stieg, belief sich der Zuwachs danach nur auf rund 1.000. Im April 2026 stieg der zuvor im niedrigen vierstelligen Bereich liegende monatliche Zuwachs allerdings auf 20.000 Personen an. Wir gehen dennoch nicht davon aus, dass hierdurch ein neuer Trend begründet wird. Es gibt keine Indizien dafür, dass die tendenzielle Abschwächung des Anstiegs auf eine Belebung der Arbeitskräftenachfrage der Betriebe zurückgeführt werden kann. Die Abgangschance Arbeitsloser – definiert durch den Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, bezogen auf den Arbeitslosenbestand des jeweiligen Vormonats – hat sich seit Beginn des Jahres 2025 nicht mehr nennenswert verändert. In die gleiche Richtung weist die Entwicklung der Anzahl neu gemeldeter offenen Stellen, die auf einem historisch niedrigen Niveau verharret.

Zwar ist der Personalabbau der Betriebe in erster Linie nicht das Resultat von vermehrten Entlassungen. Aber auch wenn die Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt nach wie vor unter dem Niveau früherer Jahre liegen, in denen die Wirtschaftslage teils deutlich besser war als heute, ist seit 2022 dennoch ein Zuwachs zu beobachten, der sich am aktuellen Rand auch nicht abschwächt. Somit können weder vermehrte Einstellungen noch weniger Entlassungen den Stopp des Anstiegs der Arbeitslosigkeit erklären. Die Begründung dürfte daher beim Arbeitskräfteangebot liegen, dessen Entwicklung zu einer Entlastung beiträgt. Als Faktoren kommen erstens die demografische Verknappung des Arbeitskräftepotenzials, zweitens eine durch die schlechte Lage bedingte Abschwächung der Erwerbsbeteiligung und Wechsel in die Stille Reserve sowie drittens eine verringerte arbeitsmarktrelevante Nettozuwanderung in Frage. Daten zur Überprüfung dieser Hypothesen liegen zurzeit noch nicht vor.

Eine Trendwende, die zu einer sinkenden Arbeitslosigkeit führen könnte, ist derzeit nicht in Sicht. Bestenfalls kann das stagnierende oder zurückgehende Arbeitsangebot den weiteren Anstieg begrenzen. Für den weiteren Verlauf des Jahres 2026 unterstellen wir aufgrund der wieder eingetrübten Aussichten einen moderaten monatlichen Zuwachs von saisonbereinigt 2.000 Personen gegenüber dem Vormonat. Daraus ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl von rund 3 Millionen. Die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt 2026 auf 6,4 Prozent an (Tabelle 5-1).

6 Hohe Ausgaben, konjunkturelle Schwäche und Ölpreisschock belasten den Staatshaushalt

Der deutsche Staat wird im Jahr 2026 ein hohes Defizit von schätzungsweise 156 Milliarden Euro oder 3,4 Prozent des BIP ausweisen. Ursachen hierfür sind neben strukturellen Ausgabensteigerungen insbesondere die wirtschaftlichen Folgen des Iran-Kriegs, der über stark gestiegene Energiepreise und erhöhte Unsicherheit die konjunkturelle Erholung und damit auch die Staatsfinanzen belastet. Ohne konsequente Konsolidierung auf der Ausgabenseite kann der Staatshaushalt nicht stabilisiert werden.

Die Aussicht auf eine konjunkturelle Erholung im Jahr 2026 wurde durch die Auswirkungen des Iran-Kriegs gedämpft. Diese belasten auch den Staatshaushalt: Insbesondere der deutliche Anstieg der Rohölpreise

infolge von Angebotsstörungen und geopolitischen Risiken wirkt wie ein negativer Angebotsschock und wird die Einnahmendynamik des Staats vor allem bei der Umsatzsteuer und den Ertragsteuern bremsen. Gleichzeitig ist die Dynamik der Ausgaben ungebrochen. Erwartet wird ein nominales Plus von 5,2 Prozent auf der Ausgabenseite – die Staatsquote steigt damit erneut auf mittlerweile über 51 Prozent (Tabelle 6-1). Um diesen Trend umzukehren, müssen Konsolidierungsanstrengungen bei allen Gebietskörperschaften und den Sozialversicherungen vorangetrieben werden.

Das gilt umso mehr, als die Bundesregierung die Auswirkungen des Ölpreisschocks auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte mildern möchte. Dazu wurde ein Tankrabbatt in Höhe von 17 Cent für zwei Monate eingeführt und eine erneute Entlastungsprämie der Arbeitgeber steuer- und abgabenfrei vorgeschlagen. Bei Letzterer verzichtet der Staat nicht nur auf Einnahmen, er wälzt die Verantwortung auch auf die Unternehmen ab. Problematisch ist daneben die mangelnde Zielgenauigkeit: Die Inflationsausgleichsprämie in den Jahren 2022 bis 2024 bekam nur jeder vierte Befragte mit einem Bruttomonatslohn von weniger als 1.000 Euro. Bei einem Bruttomonatslohn zwischen 1.000 und 2.000 Euro war es jeder Dritte, zwischen 4.000 und 6.000 Euro Bruttomonatslohn dagegen sechs von zehn (Beznoska/Hentze, 2024). Wenn die Bundesregierung Menschen mit geringen Einkommen besonders entlasten will, ist die Entlastungsprämie nicht der beste Weg.

Tabelle 6-1: Staatskonto für Deutschland

	2024	2025	2026
	in Milliarden Euro		
Einnahmen	2.024	2.140	2.220
Steuern	997	1.032	1.057
Sozialbeiträge	757	823	862
Ausgaben	2.140	2.259	2.376
Arbeitnehmerentgelt	357	384	398
Soziale Leistungen	1.096	1.164	1.239
Subventionen	54	54	55
Bruttoinvestitionen	131	145	156
Finanzierungssaldo	-115	-119	-156
	in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
Staatsquote ¹⁾	49,4	50,5	51,4
Abgabenquote ²⁾	40,9	42,0	42,0
Steuerquote ³⁾	23,4	23,6	23,3
Finanzierungssaldo	-2,7	-2,7	-3,4

1) Staatsausgaben; 2) Steuern (einschließlich Erbschaftsteuer und Steuerzahlungen an die EU) und Sozialbeiträge (mit unterstellten Sozialbeiträgen der Beamten); 3) Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften (einschließlich Erbschaftsteuer und Steuerzahlungen an die EU).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Zusätzliche Investitionen aus dem Sondervermögen von 500 Milliarden Euro der Bundesregierung sind bislang kaum in den Zahlen zu erkennen. Im Finanzplan für den Bundeshaushalt zeichnet sich stattdessen zum Teil ein Umwidmen von Investitionen aus dem Kernhaushalt ab (Beznoska et al., 2025). Zu hoffen bleibt, dass die Mittel in diesem Jahr schneller abfließen und die dringend benötigte Investitionsoffensive Wirkung zeigt.

Mit Blick auf die Ausgabenentwicklung stechen die Aufwendungen für Soziale Leistungen mit einem nominalen Plus von 6,4 Prozent besonders hervor. Mittlerweile werden dafür im Jahr 2026 mehr als 1,2 Billionen Euro aufgewendet. Die Dynamik wird vor allem durch die gesetzliche Sozialversicherung getrieben. Denn bereits in dieser Legislaturperiode wechseln die ersten geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand. Das führt nicht nur zu höheren Rentenausgaben (+4,6 Prozent). Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung (GKV/SPV) verursachen Versicherte im fortgeschrittenen Lebensalter überdurchschnittlich hohe Ausgaben. Laut GKV-Schätzerkreis wachsen die GKV-Ausgaben in diesem Jahr um 6,5 Prozent und damit um 2,5 Prozentpunkte stärker als die beitragspflichtige Grundlohnsumme (Bundesamt für Soziale Sicherung, 2025). Wenn die Experten im vergangenen Herbst noch von einem jahresdurchschnittlichen Zusatzbeitragssatz zur GKV in Höhe von 2,9 Prozent ausgegangen sind, dann liegt dieser auch deshalb nach dem ersten Quartal 2026 bereits bei 3,1 Prozent (Pimpertz, 2026). Die Ausgaben der Pflegeversicherung wachsen noch dynamischer. Im Jahr 2025 stiegen die Leistungsausgaben gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent. Nur weil deutlich weniger Beitragseinnahmen an den Pflegevorsorgefonds überwiesen wurden als ursprünglich vorgesehen, fällt das Ausgabenwachstum insgesamt mit einem Plus von 8 Prozent etwas geringer aus (BMG, 2025). Für das Jahr 2026 ist mit einem mindestens ähnlich hohen Wachstum zu rechnen.

Trotz des weiteren Anstiegs der Beitragssatzsumme um 0,2 Prozentpunkte geht die IW-Prognose von der optimistischen Annahme aus, dass die Bundesregierung im Laufe des Jahres Reformen auf den Weg bringen wird, die das Ausgabenwachstum in der gesetzlichen Sozialversicherung bremsen. Voraussetzung dafür ist aber, dass erstens, die Empfehlungen der „FinanzKommission Gesundheit“ zeitnah umgesetzt werden, ohne die Abgabenlast über eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen, zweitens, eine ausgabenstabilisierende Pflegereform bis zum Sommer folgt und drittens, Empfehlungen der Alterssicherungskommission in der zweiten Jahreshälfte zügig umgesetzt werden, sofern diese geeignet sind, weiter steigende Rentenausgaben einzuhegen. Anderenfalls muss spätestens im Jahr 2027 mit noch höheren Beitragslasten gerechnet werden. Selbst wenn man unterstellte Beiträge für Beamte herausrechnet (über 50 Milliarden Euro), schultern Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Jahr eine Beitragslast von knapp 810 Milliarden Euro.

Der deutsche Staat wird im Jahr 2026 ein Haushaltsdefizit von schätzungsweise 156 Milliarden Euro ausweisen. Das entspricht einer Defizitquote von 3,4 Prozent des nominalen BIP. Die Schuldenstandsquote des Staats nach dem Maastricht-Kriterium lag Ende 2025 bei 63,5 Prozent (Bundesbank, 2026). Dies ist 1,3 Prozentpunkte höher als 2024. Statt einer Stabilisierung oder Rückführung auf die 60 Prozentgrenze steigt die Schuldenstandsquote, da den zusätzlichen Schulden noch kein Wachstumsschub gefolgt ist. Auch für das Jahr 2026 wird ein weiterer Anstieg der Schuldenstandsquote um mindestens einen Prozentpunkt erwartet.

7 Wirtschaftspolitik in der fortgesetzten Krise

Der Energie- und Lieferkettenschock, der mit dem Ende Februar begonnenen Iran-Krieg verbunden ist, erhöht den Druck auf die deutsche Volkswirtschaft und damit auch auf die nationale Wirtschaftspolitik. Nach der Corona-Krise und der Energiekostenkrise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine ist dies der dritte massive externe Schock innerhalb weniger Jahre. Das Ausmaß der Krise ist heute weder hinsichtlich der Zeitdauer noch hinsichtlich der Intensität absehbar. Die Wirkrichtung ist aber eindeutig negativ. Die in dieser Prognose erwarteten dämpfenden Effekte treffen auf eine Volkswirtschaft, die nach Jahren der Stagnation erste Wachstumsperspektiven zeigte (Bardt et al., 2025). Das ohnehin nur moderat erwartete Wachstum von höchstens 1 Prozent im Jahr 2026 speiste sich aus drei Quellen. Ein Drittel entfiel auf den Kalendereffekt, der auf die höhere Anzahl von Arbeitstagen in 2026 beruht. Ein weiteres Drittel entspricht dem Effekt der Fiskalpakete für Infrastruktur und Verteidigung mit der zugleich deutlich erhöhten Kreditaufnahme. Das letzte Drittel beruhte auf einer weiteren Erholung der Konsumtätigkeit und einer einsetzenden Erholung der privatwirtschaftlichen Investitionen – jedoch weiterhin auf niedrigem Niveau. Diese dritte Säule fällt nun aufgrund des Iran-Kriegs aus – und dreht insgesamt sogar ins Minus. Die langanhaltende Krise der deutschen Volkswirtschaft setzt sich damit fort. Je länger die Krise am Golf andauert und je höher die Energiekosten steigen, desto stärker wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland begrenzt werden. Zudem wird die Unsicherheit über die Stabilität der Golf-Region und damit eine höhere Unsicherheit hinsichtlich internationaler Öl- und Gaspreise weiter bestehen – selbst wenn sich die politische Lage kurzfristig stabilisieren sollte.

Für die Wirtschaftspolitik bedeutet das zunächst, dass der Wohlstandsverlust durch die höheren Importpreise als eine realwirtschaftliche Herausforderung anzusehen ist und durch Verteilungsinstrumente oder Preissteuerung nicht ungeschehen gemacht werden kann. Letztes wäre sogar kontraproduktiv, wenn eine Mengenreaktion – also sparsamerer Umgang mit Energie – durch eine wirtschaftspolitische Abfederung ausbleibt. Eingriffe in den Marktpreis wie die mittlerweile beschlossene zwischenzeitliche Reduktion der Energiesteuer sind daher insgesamt kritisch zu bewerten. Besser wäre eine pauschale und zielgerichtete Auszahlung gewesen, wenn schon eine Kompensation für notwendig gehalten wird.

Strukturell ist aus diesem erneuten, geopolitischen Schock auf den Energiemärkten und der Anspannung der Lieferketten die Konsequenz zu ziehen, noch stärkeren Fokus auf die Resilienz von kritischen Lieferketten zu legen. Dies gilt sowohl einzelwirtschaftlich wie auch wirtschaftspolitisch. Energiepolitisch gilt es, Energiequellen weiter zu diversifizieren und den Ausbau erneuerbarer Energien mit Fokus auf Effizienz voranzutreiben.

Konjunkturrell sollte der Fokus auf Investitionstätigkeit und Verbrauchervertrauen liegen. Zur Stabilisierung und Steigerung der privaten Investitionstätigkeit ist eine spürbare Verbesserung der Investitionsbedingungen erforderlich. Die erneute Krise macht ein mutiges Reformprogramm umso dringlicher. Dazu gehört die Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge, eine Reduktion der hohen Steuerlast – auf jeden Fall der Verzicht auf höhere Steuern. Eine entlastende Steuerreform ist sowohl zur Stärkung des Verbrauchervertrauens als auch zur Verbesserung der Investitionsbereitschaft notwendig. Sie kann damit nicht aufkommensneutral sein, sondern erfordert eine Vorfinanzierung, wie dies auch bei früheren Steuerreformen in mehreren Stufen der Fall war. Zentral ist zudem, die Reduktion der bürokratischen Lasten für Unternehmen – dies signalisieren Unternehmensbefragungen (Bardt/Grömling, 2025a, 2025b). Dies trägt auch zu einem höheren Gründungs- und Innovationsniveau bei. Innovationen sind für Produktivität und damit Prosperität entscheidend. Gerade im Bereich der Künstlichen Intelligenz im industriellen Kontext besteht großes ungenutztes Potenzial. Da aber Innovationen und Investitionen alleine kaum ausreichen werden, um die demographische

Wohlstandsbremse zu lösen, sind auch höhere Arbeitszeiten (durchschnittliche Wochen- und Lebensarbeitszeit) notwendig (Schäfer/Stettes, 2026).

Die in den letzten Jahren hohe Sparquote macht deutlich, dass ungenutztes Konsumpotenzial besteht. Im Aggregat liegt der Engpass in der Konsumwilligkeit, nicht in der Konsumfähigkeit. Dies bedeutet auch, dass eine expansive Fiskalpolitik zur Stärkung des Konsums nicht wirkungsvoll wäre. Es ist vielmehr zentral, das Vertrauen der Verbraucher in eine stabile wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Da die Sicherheit der Arbeitsplätze entscheidend für das Verbrauchervertrauen ist, ist ein funktionierender, also beschäftigungsneutraler Strukturwandel entscheidend für die Konsumbereitschaft und -fähigkeit. Politisch zentral ist eine Reform der Sozialversicherungen, die zukünftige Beitragssteigerungen limitiert und berechenbar macht (Hüther/Obst/Pimpertz, 2025). Mit den Vorschlägen zu Einsparungen im Bereich der Krankenversicherung liegen wichtige Ansätze auf dem Tisch.

In dieser Phase der konjunkturellen Anspannung ist auch die Tarifpolitik gefordert (Lesch/Hüther, 2023). Die schwache Produktivitätsentwicklung und der eingetrübte Arbeitsmarkt erfordern moderate Tarifierhöhungen. Die Unternehmen können neben der eigenen Belastung durch hohe Energiekosten nicht auch die Belastungen der Mitarbeiter (etwa in Form einer steuer- und beitragsfreien Einmalzahlung) übernehmen.

Anhang

Tabelle A-1: IW-Prognose für Deutschland 2026

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2024	2025	2026
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,1	0,0	-0,4
Arbeitslosenquoten ¹⁾	6,0	6,3	6,4
Arbeitsvolumen	-0,2	-0,2	0,1
Produktivität ²⁾	-0,3	0,4	0,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,4
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,5	1,6	0,0
Konsumausgaben des Staates	2,6	1,3	1,8
Anlageinvestitionen	-3,3	-0,2	1,2
- Ausrüstungen	-5,4	-1,9	0,2
- Sonstige Anlagen	0,2	3,8	3,0
- Bauten	-3,4	-0,6	1,0
Inlandsnachfrage	0,2	1,8	0,7
- Export	-2,1	-0,4	-0,3
- Import	-0,6	3,6	0,4
Bruttoinlandsprodukt	-0,5	0,2	0,4
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,2	2,2	3,0
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	-2,7	-2,7	-3,4

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde. 3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Prognose Mai 2026

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Eckdaten der IW-Auslandsprognose.....	13
Tabelle 5-1: Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland	22
Tabelle 6-1: Staatskonto für Deutschland	24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Effekte und Transmissionkanaäle der Nahost-Krise	5
Abbildung 2-1: Trendkomponenten und zyklische Komponenten der Inflationsrate in Deutschland.....	9
Abbildung 3-1: Globale Industrieproduktion und Welthandel.....	11
Abbildung 4-1: Nachfrageentwicklung in Deutschland	18
Abbildung 4-2: Konjunkturverlauf in Deutschland	21

Literaturverzeichnis

Bardt, Hubertus et al., 2025, Immerhin ein Plus. IW-Konjunkturprognose Winter 2025, IW-Report, Nr. 64, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2025a, Wachstumstreiber Zuversicht, IW-Report, Nr. 27, Köln

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2025b, Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, in: IW-Trends, 52. Jg., Nr. 4, S. 71-88

Beznoska, Martin / Hentze, Tobias, 2024, Inflationsausgleichsprämie. Ohne Tarifvertrag weniger Verbreitung, IW-Kurzbericht, Nr. 35, Berlin / Köln

Beznoska, Martin / Burstedde, Alexander / Hentze, Tobias, 2025, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität: Bund investiert nur wenig zusätzlich, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Berlin / Köln

BMG – Bundesministerium für Gesundheit, 2025, Pflegeversicherung. Zahlen und Fakten. Finanzentwicklung, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegeversicherung-zahlen-und-fakten> [23.4.2026]

Bundesamt für Soziale Sicherung, 2025, Schätztableau des GKV-Schätzerkreises für 2025 und 2026, Einschätzung des BMG, <https://www.bundesamtsozialesicherung.de/de/themen/risikostrukturausgleich/schaetzer-kreis/> [23.4.2026]

CPB – Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, 2026, World Trade Monitor January 2026, <https://www.cpb.nl/en/publications> [27.4.2026]

Demary, Markus / Zdrzalek, Jonas, 2022, Nur begrenzten Einfluss auf die Inflation, IW-Kurzbericht Nr. 89, Köln

Demary, Markus, 2026, Bleibt die große Inflation diesmal aus?, IW-Kurzbericht, Nr. 32, Köln

Deutsche Bundesbank, 2025, Was steckt hinter dem mehrjährigen Rückgang der deutschen Exportmarktanteile?, in: Monatsbericht, 77. Jg., Nr. 7, Frankfurt/Main

Deutsche Bundesbank, 2026, Deutsche Staatsschulden wachsen 2025 um 144 Milliarden Euro auf 2,8 Billionen Euro, Schuldenquote steigt von 62,2 auf 63,5 Prozent, Pressenotiz 31.3.2026, <https://www.bundesbank.de/de/presse/pressenotizen/deutsche-staatsschulden-992718> [22.4.2026]

Europäische Kommission, 2023, Gemeinsamer Gaseinkauf: Europäische Unternehmen können Bedarf für dritte Runde anmelden, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/gemeinsamer-gaseinkauf-europaische-unternehmen-konnen-bedarf-fur-dritte-runde-anmelden-2023-09-21_de [27.3.2026]

EZB – Europäische Zentralbank, 2026, ECB staff macroeconomic projections for the euro area, https://www.ecb.europa.eu/press/projections/html/ecb.projections202603_ecbstaff~e291cd3d.de.html#toc1 [14.4.2026]

Gemeinschaftsdiagnose, 2026, Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen, Gemeinschaftsdiagnose Frühling 2026, Kiel

Grömling, Michael, 2008, Öl und Konjunktur – eine Einbahnstraße?, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 37. Jg., Nr. 6, S. 317–325

Grömling, Michael, 2014, Deutsche Leistungsbilanz und Recycling der Petrodollars, in: IW-Trends, 41. Jg., Nr. 3, S. 123–136

Grömling, Michael / Matthes, Jürgen, 2022, Inflation ist kein wirksames Heilmittel gegen eine hohe Staatsschuldenquote, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jahrgang, Nr. 11, S. 881-884

Grömling, Michael, 2024, Konjunktur- und Struktureffekte von Energiekrisen, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 1, S. 27–36

Grömling, Michael, 2025a, Stimmungsumschwung lässt auf sich warten – IW-Konjunkturumfrage Herbst 2025, IW-Report, Nr. 51, Köln

Grömling, Michael, 2025b, Ein Ende der Misere? Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage für 2026, IW-Report, Nr. 69, Köln

Grömling, Michael, 2026a, Erholung erneut auf dem Prüfstand – IW-Konjunkturumfrage Frühjahr 2026, IW-Report, Nr. 17, Köln

Grömling, Michael, 2026b, Deindustrialisierung durch fortschreitende Handelsabkopplung, IW-Kurzbericht, Nr. 27, Köln

Henger, Ralph / Voigtländer, Michael, 2026, ZIA-IW-Immobilienstimmungsindex im ersten Quartal 2026: Immobilienklima trübt sich ein, Gutachten für Zentralen Immobilien Ausschuss ZIA, Köln

Higgins, Matthew / Klitgaard, Thomas / Lerman Robert, 2006, Recycling petrodollars, Current Issues in Economics and Finance, 12 Jg., Nr. 9, Federal Reserve Bank of New York

Hüther, Michael / Obst, Thomas / Pimpertz, Jochen, 2025, Steigende Sozialversicherungsbeiträge belasten die Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen und Wirtschaftswachstum mobilisieren statt belasten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln / Berlin

IMF – International Monetary Fund, 2026, Global Economy in the Shadow of War, World Economic Outlook April 2026, Washington D.C.

Kolev-Schaefer, Galina / Obst, Thomas / Puls, Thomas / Sultan, Samina, 2026, Auswirkungen eines steigenden Ölpreises auf die deutsche Wirtschaft, IW-Kurzbericht, Nr.17, Köln / Berlin

Lesch, Hagen / Hüther, Michael, 2023, Interdependenzen zwischen Transformation und Sozialpartnerschaft, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 92. Jg., (), Nr. 4, S. 85–100

McKinsey Global Institute, 2025, Geopolitics and the geometry of global trade: 2024 update. Trade reconfiguration continues along geopolitical lines, New York

Obst, Thomas / Förster, Henrik, 2024, Steigende Frachtraten. Angeschlagener Welthandel setzt deutschen Außenhandel unter Druck, IW-Kurzbericht, Nr. 62, Berlin

OECD, 2026, Economic Outlook, Interim Report March 2026, Paris

Pimpertz, Jochen, 2026, Zusatzbeitragssatz der Krankenkassen bei 3,1 Prozent, erscheint als IW-Kurzbericht, Köln

Puls, Thomas, 2026, Diesel wird weltweit knapp, IW-Kurzbericht, Nr. 26, Köln

Schäfer, Holger / Stettes, Oliver, 2026, Längere Arbeitszeiten, IW-Report, Nr. 13, Berlin / Köln